

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Johann Stangl,
verantwortlicher Redakteur: Fritz Bachmann, Welle in Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Brennesstraße 11, 1. Etage.

Anzeigen
für die viergespaltenen Beilagen oder deren Raum 80 A.
Postkatalog Nr. 8284.

Inhalt: Die Streikklausel. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. — Rundschau. — Baugewerbliches. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefkasten.

Die Streikklausel.

Im Präsen sind sie Meister, nämlich die Herren „Baumeister“ vom „Arbeitsgerubund“. Wiederholt haben sie in Zeitungen und Versammlungen dem Publikum vorgefunkert, die Streikklausel hätte ihren Siegeslauf durch die Welt angetreten; bei Nicht Gelingen ist dieser „Sieg“ aber eine ziemlich herbe Niederlage.

Anlässlich des vor vierzehn Tagen in Dresden stattgehabten Verbandstages des Arbeitsgerubundes für das Baugewerbe hat dessen Vorstand (Vernig, Felsch-Berlin, S. Simon, Dresden, R. Himmel-Röll, F. Döbler-Berlin, W. Hauke-Stuttgart, C. Helm-Stettin, A. Krause-Brandenburg a. d. S., S. Melzer-Dresden, W. Schöfel-Magdeburg, A. Westphal-Steglich) an die Mitglieder ein „streng vertrauliches“ Allenfütlich verheißt, in welchem über das künftige Schicksal der Streikklausel Auskunft erteilt wird. Da dies Allenfütlich uns von einem Freunde unseres Blattes „vertraulich“ übermitteln wurde, wollen wir den Inhalt unserer Leser gleichfalls „vertraulich“ mittheilen. Auf die im Mai dieses Jahres von dem Unternehmerbund an alle hiesigen Behörden gesandte Eingabe betreffs Einführung der Streikklausel in die Bauverträge sind bis Anfang September im Ganzen 36 Antworten eingegangen, und zwar von 5 preussischen Regierungspräsidenten, dem bayerischen Kriegsminister, 2 bayerischen Bezirksregierungen, den Landesregierungen von 8 andern, Sachsen-Meinungen und Meuß, von der Eisenbahndirektion zu Magdeburg und von 24 Stadtmagistraten.

In dem Schriftfütlich des Unternehmerbundes sind die Antworten entsprechend den Rangordnungen der Behörden und die Städte dem Alphabet nach geordnet; wir haben die Antworten stimgemäß aneinander gereiht und beginnen mit den zustimmenden Erklärungen:

Sanau, 2. Juli 1900: „Wir halten bereits vor Eingang Ihrer oben bezeichneten Druckschrift beschlossenen, Angebote wegen Uebernahme von Bauarbeiten nicht zurückzuweisen, wenn in dieselben die Streikklausel aufgenommen ist.“

Regensburger, 21. Juni 1900: „Auf die gefällige Vorstellung vom 17. d. M. erwidern wir ergebenst, daß wir beschließen haben, künftig bei Vergabe gemeindlicher Bauarbeiten folgende Klausel in die Verträge aufzunehmen: „Bei einem fütlichen Zustand der Arbeitnehmer oder bei einer Bauverbe der Arbeitgeber wird die Bauzeit um die Dauer des Ausstandes oder der Sperre verlängert. Jedoch behält sich der Stadtmagistrat vor, diese Bestimmung jederzeit wieder aufzuheben, wenn nach seiner Ansicht berechnigte Forderungen der Arbeitnehmer unerfüllt bleiben.“ Aus der seitens des berechnigten Adressaten vorgeschlagenen Fassung kann unter Umständen eine einseitige Begünstigung der Arbeitgeber sich ableiten, was wir im Sinne einer ausgleichenden Gerechtigkeit verheiden wollen. Wir haben übrigen schon bei Verdingung eines größeren Schulhausbaues im April d. J. eine ähnliche Streikklausel zu Grunde gelegt.“

Stettin, 14. Juli 1900: „Auf die Eingabe bezüglich Einführung einer Streikklausel erwidern wir, daß wir zu § 6 der Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Arbeiten und Lieferungen folgenden Zusatz beschließen haben: „Die vereinbarten Lieferfristen werden im Falle einer allgemeinen drütlichen Arbeitseinstellung um die Dauer derselben verlängert, sofern nicht die Arbeitseinstellung durch Verschulden der Unternehmer herbeigeführt ist. Ob dies der Fall ist, entscheidet der Magistrat allein und endgütlich.“ Wir werden hiernach auch bei bestehenden Verträgen verfahren.“

Witten, 27. Juli 1900: „Auf das Rundschreiben vom 17. Mai d. J. theilen wir ergebenst mit, daß wir beschließen haben, der Anweisung, betr. die Aufnahme einer Streikklausel in

die Bauverträge, im Prinzip Folge zu geben, wenn die Arbeitnehmer streiken. Ueber die Ausnahme der Streikklausel in die Bauverträge soll jedoch nur von Fall zu Fall Bestimmung getroffen werden.“

Die Magistrate dieser vier Städte haben zwar auch nicht dem Verlangen der Unternehmer unumwunden Folge gegeben, die erteilten Antworten sind der Einführung der Streikklausel aber ziemlich gleich zu achten. Die folgenden Antworten sind auch noch recht wohlwollend gehalten, die Vernehmung der Streikklausel klingt aber schon etwas herber durch. Bezeichnen wir sie mit „halb-und-halb“.

Braunschweig, 18. August 1900: „Auf die Eingabe vom 17. d. M. erwidern wir ergebenst, daß wir vorkommenden Falls nicht beschließen werden, der Zwangslage, in die bei einer oder mehrere Unternehmer durch ungerechtfertigte oder gar feibole Arbeitseinstellungen verfest werden sollte, dadurch Rechnung zu tragen, daß wir Namens der hiesigen Stadtbauverwaltung auf die rechtzeitige Erfüllung einer übernommenen Verpflichtung verzichten; wir erkennen auch an, daß dieser Verzicht auch in dem Falle gerechtfertigt oder geboten erscheinen kann, daß nicht alle Arbeitnehmer die Arbeit niederlegen, sondern daß der Arbeitgeber seinen Betrieb zeitweilig einstellt. Die Entschützung darüber jedoch, ob ein solcher Verzicht auszusprechen sei, müssen wir uns von Fall zu Fall vorbehalten und sind daher nicht in der Lage, im Voraus bedingungslos der Aufnahme der genannten Streikklausel in die Bauverträge zuzustimmen.“

Milheim am Rhein, 26. Juli 1900: „Auf das Rundschreiben vom 17. Mai d. J., die Aufnahme einer Streikklausel in die Bauverträge betreffend, erwidere ich ergebenst, daß die beidseitige Bauverwaltung die dortigen Ausführungen zwar im Grundsatz als berechnigt anerkennt, daß sie sich jedoch eine Beschlußfassung für den Einzelfall nach vorgängiger Prüfung der Verhältnisse vorbehalten muß.“

Forstheim, 30. Juli 1900: „Dem Vorstand des Deutschen Arbeitsgerubundes für das Baugewerbe erwidern wir auf die hierher gerichtete Vorstellung vom 17. Mai d. J. ergebenst, daß wir den dortigen Vorschlägen eine gewisse Berechnigung nicht abzusprechen vermögen, jedoch erachten, daß bindender Entschüt über vor Fall zu Fall erfolgen kann. Wir stehen dem Vorschlag an sich sympathisch gegenüber und werden zutreffendenfalls darnach vorgehen.“

Herzoglich meiningisches Staatsministerium, 19. Juni 1900: „Ihre Zuschrift haben wir den herzoglichen Landesbauminister hier und in Saalfeld sowie dem herzoglichen Domainenmeister hier mit dem Anzeigeben zugestellt, Ihrem Antrag gemäß zu verfahren. Eine Weisung zu erlassen, daß demselben durchgängig entgegen zu werden solle, tragen wir Bedenken.“

Noch schwankender sind die Antworten aus: Freiburg im Breisgau, 21. Juni 1900: „Mit Bezug auf die uns gemachte Zustellung vom 17. Mai theilen wir Ihnen ergebenst mit, daß wir nicht bezwecken, daß es für die Arbeitgeber sehr erwünscht wäre, wenn die Baubehörden die Streikklausel in ihre Verträge aufnehmen würden. Es ist aber das meistens kaum möglich, wenn auch nur mit einiger Sicherheit darauf gerechnet werden soll, daß die beabsichtigten Bauwerke zur bestimmten Zeit auch dem Gebrauch übergeben werden können, wie es in vielen Fällen doch durchaus notwendig ist. Andererseits könnte die Aufnahme der Streikklausel nicht mit Unrecht auch als eine einseitige Parteinahme zu Gunsten der Arbeitgeber gedeutet werden. Unseres Erachtens sollten die Arbeitgeber sich so organisieren, daß sie fitreinander eintreten, wenn einer von ihnen übernommene Arbeiten nicht ausführen kann, weil sein Arbeitsplatz gesperrt wurde. Das würde ja jedenfalls in vielen Fällen nicht möglich, in vielen anderen Fällen aber sehr wohl ausführbar sein.“

Götha, 7. Juli 1900: „Auf die uns am 18. Juni laufenden Jahres gestellte Druckschrift vom 17. Mai laufenden Jahres, betreffend die Aufnahme einer Streikklausel in die Bauverträge, erwidern wir ergebenst, daß wir in Anerkennung der Wichtigkeit der Sache bereit sind, den Antrag auf Aufnahme einer Streikklausel in die Bauverträge in Erwägung zu nehmen,

daß aber die Bestimmung Bedenken erregt, wonach die Arbeitseinstellung durch Arbeitgeber auf Beschluß der Generalversammlung oder des Vorstandes des Arbeitsgerubundes erfolgt. Wir halten für notwendig, daß die Beschlußfassung über die Arbeitseinstellung in die Hände eines Organs gelegt wird, das auch äußerlich durch seine Zusammensetzung den Schein weibt, daß die volle Unparteilichkeit nicht gewährleistet ist.“

Krefeld, 28. Juni 1900: „Den Ausführungen oben erwähnter Eingabe kann ich meine Zustimmung nicht versagen und halte es auch für eine Pflicht der Gemeinde- und anderer Behörden, an der Schaffung gleichmäßiger und guter Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach Kräften mitzuwirken. Inwiefern trage ich Bedenken, meinerseits für die Einführung der Streikklausel besondere Schritte zu thun, halte vielmehr diese Einführung lediglich für eine Sache der Arbeitgeber, welche, wenn sie geschloffen aufreitet, diese Klausel doch un schwer werden durchsetzen können, nur müssen die Behörden auch eine Geschlossenheit und Gemeinsamkeit feststellen können. Bei der Bauverbe oder dem Ausstand der Arbeitgeber wird man allerdings wohl den Zusatz „allgemein“ nicht entbehren können, denn man wird den Bauverben nicht wohl gummüßen dürfen, eine Verlängerung der Bauzeit hinzunehmen, wenn aus irgend welchen Gründen ein einzelner Arbeitgeber seine Arbeiter entläßt. Ich muß mich nach Vorliegendem darauf beschränken, dem Arbeitsgerubunde Erfolg seiner Bestrebungen zu wünschen.“

Wohlfollend, aber doch schon nicht bestimmt abtheilend antworten die nachfolgenden Behörden:

Großherzoglich badisches Ministerium des Innern, 18. August 1900: „Dem Deutschen Arbeitsgerubund für das Baugewerbe, z. S. des Geschäftsraths Veritt SV, Anhaltstr. 16, erwidern wir auf das gefällige Schreiben vom 17. Mai d. J., daß sich der Vorstand des badischen Handwerkerverbandes bereits im Jahre 1898 in der gleichen Angelegenheit an uns gewendet hat. Derselbe wurde durch den Einverständniß mit den übrigen Ministerien ergangen, in einer Abschrift hier anliegenden Erlas vom 6. September 1898 N. 27 687 vorbeschrieben, und wir halten mit Rücksicht darauf, ebenfalls wieder in Uebereinstimmung mit den anderen Ministerien, ein weiteres Eingehen auf die dortig gefällte Bitte nicht für erforderlich.“

Der in dem vorstehenden Schreiben angelegene Erlas vom 6. September 1898 lautet wie folgt: „Dem Vorstand des badischen Handwerkerverbandes hier, erwidern wir im Einverständniß mit den übrigen Ministerien auf die Eingabe vom 28. Juli dieses Jahres, daß wir im Allgemeinen bereit sind, bei Ausführung staatlicher Bauten, wenn keine Gefahr im Verzuge liegt, aus Gründen der Billigkeit den durch Streiks herbeigeführten besonderen Verhältnissen im Sinne der bereits geäußerten Wünsche Rechnung zu tragen, daß wir uns aber die Entschützung von Fall zu Fall vorbehalten müssen. Eine allgemeine Anordnung in der angegebenen Richtung zu erlassen oder gar, wie dortig angeregt wird, Bestimmungen bezüglich Verlängerung der Lieferungsfrist und Aussetzung vereinbarter Konventionalstrafen in die Lieferungsverträge aufzunehmen, sind wir dagegen nicht in der Lage, weil die Möglichkeit eines Ausstandes infolge unbilliger Behandlung der Gehülfen und Gesellen seitens der Arbeitgeber nicht ausgeschlossen ist, in diesem Falle aber eine Verwilligung der Fristverlängerung an Letztere eine ungerechtfertigte Begünstigung oder Unterfützung derselben herbeiführen würde. Die Entschützung der Sache im einzelnen Falle wird somit von der Prüfung der Ursache und der Begründetheit des Ausstandes abhängig sein, außerdem aber wird noch in Betracht kommen, daß durch die Gewährung der Entschützung einer Befreiung eines von dem Arbeiterausstand betroffenen Gewerbetreibenden unter Umständen die Lieferungsfristen auch der anderen bei der Herstellung des betreffenden staatlichen Gebäudes beteiligten Handwerker ungünstig beeinflusst werden könnte, was nicht erwünscht wäre.“

Königliche Regierung von Mittelfranken in Ansbach, 24. Juli 1900: „Auf Ihr Gesuch vom 17. Mai d. J. wird eröffnet, daß die Aufnahme einer so-

In Erwägung, daß es bei mehreren Submissionen vor-
genommen ist, daß einzelne Mitglieder die Streiklausel trotz
des Beschlusses vom 21. Juni d. J. nicht in das Angebot
eingesetzt haben, wird beschloffen, die Streiklausel noch einmal
an die Mitglieder und Freunde des Verbandes zu schicken
und zu ersuchen, dieselbe anzuerkennen, und sich bei
M. 50 Strafe für jede einzelne Unterlassung
des Einsetzens der Klausel durch Namens-
unterschrift zu verpflichten. Diese Verpflichtung
ist an den Vorsitzenden einzufenden.

Zu unserem Verbands gehören 20 Waugeschäfte mit 22 Mit-
gliedern und 2 Waugeschäfte mit 8 Zuschauern sind als dem Ver-
bande beizugehören. Von diesen zusammen 22
Geschäften haben 15 den Beschluß vom 3. Juli als bindend an-
erkannt; 2 desgl. aber unter Stellung einschneidender Bedingungen
und fünf haben den Beschluß vom 3. Juli nicht anerkannt.
Hiernach blieben uns nichts Anderes übrig, als den Beschluß
vom 21. Juni d. J. aufzugeben, denn es ist bekannt, daß
die hiesigen Königlichen Behörden resp. Bauverwaltungen bei
Submissionen demjenigen billigen Angebot den Zuschlag er-
theilen, das die Streiklausel nicht enthält, selbst wenn
andere billigere Offerten mit Streiklausel vor-
handen sind. Es würden somit 17 Geschäfte von allen staat-
lichen Arbeiten ausgeschlossen sein. Wir können daher vorläufig
nicht dem § 18 Abs. 3 des Statuts gemäß handeln. Die
hiesigen Baubehörden haben eine zu unerbittlich ständige
Stellung, als daß annehmen wäre, sie handelten aus
eigenem Entschluß. Sie folgen lediglich der
Anweisung der Zentralbehörden in Berlin,
und daher sind wir der Meinung, daß dort allein der Kampf
um die Streiklausel geführt werden kann. Wir sind vor-
läufig nicht in der Lage, hierfür etwas thun
zu können.

Auch diese Antwort zeigt, daß noch viel Wasser in's Meer
fließen wird, bevor es dem Unternehmerverband gelingt, die
Streiklausel in betriebsfähigen Umfang zur Geltung zu bringen.
Hoffentlich gelingt es nie! Der Bauarbeiterschaft mag aber
die unausgesetzte Agitation der Unternehmer ein neuer Ansporn
sein, auch ihrerseits die ganze Kraft einzusetzen für die Er-
stärkung ihrer Organisation. Dann können alle Anschläge der
Unternehmer zu nichts gemacht werden.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.
M a n n s, 21. September.

Der diesjährige Parteitag liegt hinter uns. In dreieinhalb
Tagen hat der Kongreß seine Aufgaben erledigt, und viele
Delegierte rufen sich ausrunder nach Paris, um Namen der
deutschen Genossen, an dem internationalen Sozialistkongreß
theilzunehmen.

Der diesjährige Parteitag konnte gleichsam als Jubiläumst-
fest gefeiert werden; sind doch fünfundsiebzig Jahre verfloßen
seit der Einigung in Gosh auf die ersten Genossen und
Bastillenkämpfern. Und noch ein anderes Jubiläum war zu feiern:
Vor zehn Jahren wurde das Sozialistengesetz beseitigt. Neben
dieser freudigen Erinnerung hatte der Parteitag aber auch zu
gedenken des jüngerjährigen Verlustes des Mannes, der Jahr-
zehnte lang unermüdeten Führer der deutschen Sozial-
demokratie gewesen ist. Die Versammlung erhob sich zu Ehren
Wilhelm Reicherts und beschloß einstimmig, der Familie des
großen Toten eine Kundgebung der Trauer und der Theil-
nahme zu übermitteln.

Die vom Parteivorstand vorgeschlagene Tagesordnung wurde
ohne längere Debatte vom Parteitag akzeptiert. Ein Antrag der
Stettiner Genossen: „Die Frage der Neutralität der Gewerk-
schaften gegenüber der Politik“ auf die Tagesordnung zu setzen,
sah nicht die nötige Unterstützung. Im Gegensatz zu anderen
Gewerkschaften bedauern wir diesen Standpunkt des Parteitages.
Es hätte wirklich nichts gefehlt, wenn die Partei an
zuständigster Stelle Kenntnis genommen hätte von dem Stand
der Gewerkschaftsbewegung und von den Strömungen innerhalb
derselben. Der Parteitag hätte allerdings die Gewerkschaften
nicht bindend verpflichten können, Dies zu thun und zu tun es
zu unterlassen; immerhin würden auch Wünsche in Form einer
Resolution im Stande sein, unerfreuliche Strömungen in das
richtige Bett zurück zu leiten. Wir können die Meinung nicht
schwinden lassen, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaft in
intimem Zusammenhang stehen müssen. Karl Kautsky hat
hübsch in einem dem Parteitage gewidmeten Artikel (Die
kommenden Kongresse, „Neue Zeit“ Nr. 60, II. Abt. 1899—1900)
sehr zutreffend gesagt:

„Die Sozialdemokratie ist mehr als ein bloßer Wahl-
verein, als ein Apparat zur Produktion von Reichstags-,
Landtags- und Gemeinderatsmandaten, sie ist der ihrer Ziele
bewußte Teil der Arbeiterbewegung, nicht nur der
politischen Arbeiterbewegung, sondern der Gesamtar-
beiterbewegung. Sie muß darnach streben, alle Teile der
Arbeiterbewegung auszuschnitten zu bewußten Bewegungen
zu machen.“

Jede dieser Theilbewegungen, wenn sie erstarkt, das Be-
streben, sich von den anderen loszulösen, jede erzeugt dann
einen eigenartigen Reizimpuls, der sie zum Selbst-
zweck und einzigen Mittelpunkt alles Handelns ihrer Mit-
glieder erhebt; aber die Aufgabe der bewußten Sozial-
demokraten ist es gerade, diesen instinktiven Neigungen ent-
gegenzutreten und das Bewußtsein der Zusammen-
gehörigkeit aller großen Bewegungen des Proletariats und
der Gemeinsamkeit ihres Zieles zu erwecken und zu
verbreiten.“

Wir hätten, wie schon gesagt, gerne gesehen, wenn der
Parteitag den Anregungen Kautsky's gefolgt wäre und dem
gewerkschaftlichen Fragen seine volle Aufmerksamkeit gewid-
met hätte.

Der Parteitag war von eigentlichen Delegierten nicht so
stark besucht, wie es erst den Anschein hatte; es waren nur
199 Delegierte mit 227 Mandaten anwesend, dazu kommen die
Mitglieder des Parteivorstandes, die Kontrolleure, 30 Reichs-

tagsabgeordnete ohne förmliches Mandat und zwei Vertreter
von Parteigesellschaften. Der Parteitag setzte sich demzufolge aus
243 stimmberechtigten Mitgliedern zusammen. Die hiesige
Bruderpartei hatte drei Delegierte als Gäste entsandt, und weiter
war aus dem Ausland ein Mitglied des Arbeiterbildungsvereins
London als Gast anwesend. Gäste ohne Mandat, namentlich
das schiffstellende Element und auch mehrere Frauen, ließen
die eigentliche Versammlung größer erscheinen, als sie in Wirk-
lichkeit war.

Aus dem Bericht der Parteileitung wollen wir
hervorheben, daß es im Berichtsjahre nicht möglich gewesen ist,
die laufenden Ausgaben aus den Einnahmen zu decken. Der
Kassier konstatiert, daß dieser Fall seit dem Parteitag in Halle
(1890) erst zweimal vorgekommen sei. Es war aber in Wahl-
jahren, wo die Parteikasse außerordentliche Anforderungen gestellt
werden mußten. In diesem Jahre ist es das erste Mal, daß in
einem Friedensjahre die Einnahmen nicht ausreichen. Das
Defizit ist entstanden, weil das Hamburger Parteiemagazin (Buch-
druckerei und Buchhandel Vier & Co.) keine Ueberschüsse ab-
geworfen hat. Das Geschäft wird z. B. bedeutend vergrößert
und werden die verfügbaren Mittel hierzu verwendet. Nichts-
destoweniger ist es in Genuß und Überfluß, wo durch große Umwan-
dungen alle Mittel am Orte aufgebraucht wurden. Andere
Wahlkreise mit Zehntausenden von sozialdemokratischen Stimmen,
so führte der Kassier aus, hätten diese Entschädigung nicht;
nicht einmal so viel hätten einzelne Kreise geschickt, wie die
Mandate ihrer Abgeordneten aus der Parteikasse betragen. Aber
auch andere Wahlkreise, die Beiträge an die Parteikasse ab-
lieferten, seien gerade früher weit im Rückstand geblieben, und
mache sich die Dezentralisation, recht unliebsam bemerkbar. —
Die Parteipresse hat sich qualitativ und quantitativ etwas ge-
hoben. In der Diskussion über den Reichstagsbericht stand das
Signal auf Sturm; die Vertreter Genossen waren nicht ganz
mit der Gefährdung des Parteivorstandes zufrieden, doch
sah beruhten sich die Gemüther, und bei Schluss der ersten
Sitzung war dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit
gab Anlaß zu einer Besprechung über die denigen so. Reichstags-
abgeordneten, die bei der Abstimmung über die Zuschlagsdarle-
gehilfe gestimmt haben. Die Angekauften konnten sich jedoch von
absichtlichem und auch fahrlässigem Verschulden reinigen und
absetzen. Obwohl unliebsam empfunden wurde eine Polen-
debatte, die von zwei Widerstrebenden in der polnischen Agitation
dazu benutzt wurde, sich die schändlichen Grobheiten zu sagen.
Folgender, der Gogolow und Hofa Luxemburg gestellter Antrag
wurde angenommen:

„Der Parteitag beauftragt die Fraktion, die neuesten
gegen den Gebrauch der polnischen Sprache in den Schulen
der Provinz Polen gerichteten Maßnahmen der preussischen
Regierung im Reichstag zur Sprache zu bringen und über-
haupt die Behandlung der Polen als Bürger zweiter Klasse
mit allem Nachdruck zu bekämpfen.“

Weiter wird nach einem Antrag der Eisenfelder Genossen
die Reichstagsfraktion beauftragt, sofort nach dem Zusammen-
treten des Reichstages den Antrag einzubringen, wonach der
§ 95 des N.-S.-G.-B. (Majestätsbeleidigungsparagraph) auf-
gehoben wird.

Zu dem Punkt der Tagesordnung: „Die Organisation
der Partei“, lagen nicht weniger als 30 Anträge vor. Das
Defizit hielt hier. Wir können auf das Defizit Platzmangels
wegen leider nicht eingehen. Die Diskussion, in der haupt-
sächlich die Frauenfrage eine Rolle spielte, füllte den Nachmittag
des zweiten Sitzungstages aus. Dann wurde die gesamte
Materie einer Kommission von 25 Delegierten zur Vorbereitung
übergeben. — Für die Weibergabe des von der Kommission vor-
berathenen und dann vom Parteitag an bloc angenommenen
Organisationsstatuts fehlt uns für jetzt gleichfalls der Raum,
doch werden wir dasselbe gelegentlich im „Grundstein“ zum
Abdruck bringen.

Die Waifeier wurde, wie immer in den letzten Jahren,
kurz abgehan. Der Defizient empfahl in kurzen Worten die
bekannte Resolution, die dann beiseite und einstimmig an-
genommen wurde.

Etwas länger hielt sich der Parteitag bei dem Punkt
„Weltpolitik“ auf. Das Defizit hatte Singer übernommen,
ursprünglich war Reichardt dazu bestimmt, und viele Delegierte
haben wohl auch das Empfinden gehabt, als würde nicht der
richtige Mann an richtigen Plaze. Wir würden es für
demonstrativer gehalten haben, wenn sich an einen schwing-
vollen Vortrag die Annahme einer scharf pointierten Resolution
direkt angeschlossen hätte. Eine Diskussion hätte sich bei diesem
Punkte sehr wohl erübrigt. Was die Sozialdemokratie unter
Weltpolitik versteht, ist nicht erörtert worden und braucht auch
vorab nicht erörtert zu werden, und wie man regierungsgewis-
selte Weltpolitik betreibt, ist genugsam bekannt. Auf dem Parteitage
konnte es sich nur um eine kraftvolle Demonstration handeln,
und der ist Abbruch geschieden durch das Herumflitzen an der
Rebe und an der Resolution.

Eine andere wichtige Frage beschäftigte den Parteitag:
Die Verkehrs- und Handelspolitik. Richard
Gallner hat sich viele Mühe gegeben, die Materie von allen Ge-
sichtspunkten zu beleuchten. Er ließ durchblicken, daß die Nur-
Freihandelspolitik unter Umständen auch von den Sozialdemo-
kraten bestritten werden müsse, und daß wir gegebenen Falls
einen Zollkrieg mit Amerika nicht scheuen dürften. Der Re-
ferent wurde viel beifällig, von der vielgelächerten Rosa Luxemburg
in recht unqualifizierbarer Weise. Schließlich wurde Gallner's
Resolution, mit der sich keine mündlichen Ausführungen nicht
ganz deckten, mit einigen Veränderungen angenommen. Auf
diesen Punkt, der die Gewerkschaften an meissen von allen Ver-
handlungen des Parteitages interessiren dürfte, kommen wir
noch zurück, da eine kritische Betrachtung der hier gemachten
Ausführungen in wenigen Worten nicht möglich ist.

Den Beschluß der großen Verhandlungsgegenstände bildete
die Diskussion über die Landtagswahlen. Diese Materie
hat schon einige vorhergehende Parteitage beschäftigt und führte
auch heuer zu lebhaften Kontroversen. Das einleitende Defizit
hielt Webel. Neben ist Bestürzter der Landtagswahlen unter
dem Dreiklassenwahlsystem, wie es in Preußen und Sachsen
üblich ist. In diese beiden Staaten handelt es sich eigentlich
nur, denn in anderen Ländern besteht ein etwas besseres Wahl-
recht und beteiligten sich die Genossen bisher schon an den
Landtagswahlen. Die Genossen in den Großstädten, voran
Berlin und Leipzig, sind die hauptsächlichsten Gegner der Wahl-
beihilfung. Sie glauben einmal, es sei nicht möglich, genügend

sozialdemokratische Wahlmänner zu finden und zweitens, die
von den Fabrikanten, Unternehmern, Gutsherrn zc abhängigen
Arbeiter würden nicht den Muth haben, sozialdemokratische
Wahlmänner zu wählen, oder wenn sie dies thäten, würden sie
in großer Zahl gemäßiget werden. Auf der anderen Seite ist
man nicht so pessimistisch. Vertreter ländlicher Bezirke führen aus,
daß gerade die ländlichen Arbeiterbewegungen am allerwenigsten
zu fürchten hätten, weil die Gutsherrn ja fortwährend um Arbeiter
verlegen seien. Und gerade in ländlichen Bezirken werde man
durch die Agitation zur Landtagswahl und mit der Aufstellung
von sozialdemokratischen Wahlmännern dauernde Erfolge erzielen.
Es sei durchaus nicht abgebracht, mit dem Gespenst der Maß-
regelung die Genossen fortgesetzt kopfscheu zu machen. Auf
Seite der Wahlbeihilfungsgegner befürchtete man auch eine
Verwässerung des sozialdemokratischen Prinzips, weil Kom-
promisse mit anderen Parteien nicht ausgeschlossen seien. In
die Agitation würde Berührung getragen; bei der Landtags-
wahl müsse man vielleicht für einen „Freisinnigen“ eintreten,
den man bei der kurz vorher stattgehabten Reichstagswahl
leicht als den schlechtesten Keel haben hinstellen müssen. — Diese
Reden verschlugen jedoch nicht mehr. Die Majorität war ent-
schlossen, den Versuch mit der Wahlbeihilfung zu machen.
Eine von Webel vorgelegte Resolution wurde mit kleinen Ab-
änderungen in namentlicher Abstimmung mit 168 gegen 68
Stimmen angenommen. Die Resolution lautet:

„Der Parteitag wolle beschließen: In benachbarten deutschen
Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlrecht besteht, sind
die Parteigenossen verpflichtet, bei den nächsten Wahlen mit
eigenen Wahlmännern in die Wahlagitation einzutreten. —
Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Parteivorstand
das Zentrals-Wahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die
Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keine Abmachungen
mit bürgerlichen Parteien treffen.“

Schließlich sei noch erwähnt, daß die bisherigen Vorstands-
mitglieder: Webel, Singer, Auer, Pfannkuch und Gerich, Weber
mit 220 Stimmen von 221 abgegebenen Stimmen wieder-
gewählt wurden. Der nächste Parteitag (1901) findet in
Hildesfeld statt.

Stundman.

* Ein antilich Urteil über die Gewerbevereine.
Wie schon wiederholt bemerkt, kämpfen die Arbeiter in manchen
Industriebezirken schon seit Jahren vergeblich um die Errichtung
von Gewerbevereinen. Unter den Gründen, die dagegen vor-
gebracht werden, spielt auch öfter die Behauptung eine Rolle,
die sozialdemokratischen Arbeitervereine seien nicht unpartei-
lich. Diese Behauptung wurde jetzt auch wieder in dem für Alna
zuständigen und vom Ministerium über die Errichtung eines
Gewerbevereins befragten Kreisamtsrat aufgestellt. Das be-
anlaßte den Reichsrichter, Oberregierungsrath Dr. Ströde, zu
betonen, daß er vier Jahre als Vorsitzender ein Gewerbegericht
geleitet habe, dessen Mitglieder ausgeprobenere Sozialdemokraten
waren, aber er habe von einer Parteilichkeit dieser Mitglieder
nichts bemerkt. Auch die sozialdemokratischen Mitglieder hätten
mit voller Sachlichkeit über ihre eigenen Klassenangelegenheiten
gesprochen. — Diese Anschauung wird wohl nahezu sämtlichen Gewerbe-
richtern getheilt.

* Innungsstrafenkassen. Nach § 90 des Innungs-
und Handwerkergesetzes vom 26. Juli 1897 muß jede Innungs-
strafenkasse eine besondere Kassenvorwaltung haben. Die Be-
theiligung der Versicherten daran muß entsprechend ihres Anteils
an den Kasseneinträgen geregelt werden. Bei den meisten
Innungsstrafenkassen hatten bisher die Arbeiter so gut wie
keinen Einfluß auf die Verwaltung, da diese immer nur in den
Händen des Innungsvorstandes ruhte. Dagegen nun jene Be-
stimmungen bereits mit dem 1. April 1898 Gesetzkraft erlangt
haben und die Innungen verpflichtet waren, innerhalb eines
Jahres ihre Statuten entsprechend umzugestalten, so giebt es,
wie verschiedentlich berichtet wird, doch noch eine ganze Anzahl
Innungen, bei denen die neuen Vorschriften noch nicht eingeführt
sind. Die Innungen sträuben sich gegen, eine Verwaltung zu
schaffen, die, wie jene, bei den Ortsstrafenkassen eingerichtet ist.
Nach Artikel 6 der erwähnten Gesetzesänderung hat, sofern die
Innung nicht selbst die Verwaltung vornimmt, die höhere Ver-
waltungsbehörde die erforderliche Umgestaltung anzuordnen.
Wird dieser Anordnung nicht Folge gegeben, so hat die Behörde
die Aenderung mit rechtsverbindlicher Kraft zu verfügen oder
die Innung zu schließen. — Die interessierten Arbeiter mögen
sich also um die Erfüllung des Gesetzes kümmern.

* Zur Reform des Krankenversicherungsgesetzes.
Das „Vergleichs-Vereinblatt“ polemisiert in seiner neuesten
Nummer gegen die „Königliche Zeitung“, welche die freie Arzt-
politik bekämpft hat, weil dieselbe das Grab der für die
Industrie unentbehrlichen sozialpolitisch so überaus wichtigen
Betriebsstrafenkassen bedeute. Das von sozialdemokratischen
Neigungen völlig freie Wort lautet dazu:

Wir unterwerfen uns in der That auch nicht, was der
Verbindung von Betriebsstrafenkassen und freier Arztwahl
hindernd im Wege stehen sollte, zumal wenn man die letztere
in diesen Klassen mit dem System der Beitrags- und eventuell
auch Fabrikärzte verbindet, auf welchem Wege dem Betriebs-
inhaber jeglicher Einfluß gesichert bleibt, soweit derselbe über-
haupt gesetzlich zulässig ist. Eine Gefährdung freilich würde
durch die freie Arztwahl wesentlich erschwert werden, nämlich
die vielbeliebte Errichtung von Betriebs-
strafenkassen (mit Zwangsbeitragsystem) zu privaten
Protektions- und Gönnervereinen. Das eine
derartige Veränderung aber von den Versicherten als Ungleich
empfunden oder den Intentionen des Gesetzgebers widersprechend
wäre, dürfte sich schwerlich beweisen lassen. Im Gegenteil, was
bei den sozialdemokratischen Arbeitern als Liebergriff getadelt wird,
kann bei diesen Arbeitgebern bei gleichen Gesetzvorschriften nicht
falsch in der Ordnung befunden werden. Zu verhandelt
gesellschaftlichen Unterstellungen von jungen
Schwägern, Vettern u. dgl. m., die zufällig neu-
geborene Aergre sind, ist der Pflichtenkreis
unseres Gradens nicht eingeführt worden.“

Was sagt der Herr Handelsminister oder der Herr
Regierungsrath Hoffmann zu einem solchen Mißbrauch
der Verwaltung, wie er in diesen Zeilen hundertmal
treffend geschildert wird? Vielleicht nimmt man einmal Ver-
anlassung, sich auch über den Umfang dieses „Mißbrauchs“
durch eine Umfrage zu unterrichten. Wenn dabei nicht nur die
Herrn Betriebsinhaber, sondern auch die Arbeiter ihre Er-
fahrungen mittheilen könnten, so würde eine solche Umfrage
zweifellos recht nette Ergebnisse zu Tage fördern.

Baugewerbliches.

*** Fährlichkeit der Bauarbeit.** Berlin. Vom Gerüst gestürzt ist am Freitag, 21. d. M., Vormittags 10 1/2 Uhr, der Bauarbeiter Thiergart, der bei dem Neubau der Charlottenburger Elektrizitätswerke beschäftigt war. Trotzdem der Unfall, bei dem Thiergart ansehnliche schwere Verletzungen davontrug, sofort an zuständiger Stelle gemeldet wurde, dauerte es doch fast eine Stunde, bis von der Rettungswache am Lützow-Platz mit einer Tragbahre kamen und den Arbeiter in ein Krankenhaus brachten. Besonders unwillen erregte es, daß nicht einmal ein Tuch vorhanden war, mit dem der Verunglückte zum Schutz vor der Sonne bedeckt werden konnte.

Draunshweig. Beim Schulhausneubau stürzte der Maurer Adolf Gerisch vier Stock hoch vom Gerüst ab und erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Bunzlau. (Sig. Ver.) Am ein größeres Unglück zu verhüten, mußte der Kollege M. Labrenz von einem zierlich vier Meter hohen Gerüst herabstürzen. Er verlor sich dabei so schwer, daß er mittelst Droßke in seine Wohnung gebracht werden mußte. Der schnell herbeigeholte Arzt konstatierte Sprengung des Rückenmarkes. Wahrscheinlich wird der Verunglückte mehrere Wochen arbeitsunfähig bleiben.

Frankfurt a. M. Vom vierten Stock des von der Firma L. Knopf ausgeführten Neubaus des Hotels Bristol am Hauptbahnhofplatz stürzte am 20. d. M., Vormittags nach 11 Uhr, der 28 Jahre alte, unverschämte Steinlegere Johannes Walles aus Mühlentberg auf den Bürgersteig hinab. Er erlitt einen Schädelbruch, einen komplizierten Oberschenkelbruch und innere Verletzungen und starb absalbi. Die Teile des Gerüsts, auf der der Verunglückte arbeitete, folg entsorgelt werden.

Freiberg (Sachsen). Am 8. d. M. stürzte in einem Stallgebäude, welches dem Zimmungsbeamten und Vertramensmann der sächsischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Baumeister Wörth, errichtet wird, ein 7 m starkes Stalgebälde zusammen, welches vier Arbeiter unter sich begrub und dieselben mehr oder minder schwer verletzte.

Fulda. Bei den Erdarbeiten im Kasernenterrain fiel infolge dorstschwibigen Aufschlusses eines Erdwands zusammen und begrub einen Arbeiter. Dieser wurde als Leiche hervorgeholt.

Hannover. Beim Umbau der Kellereierkammer stürzte ein Arbeiter vom Dachstuhl durch's Treppenhäus bis in den Keller hinab. Die erlittenen Verletzungen sind schwerer Natur. Der Arbeiter wurde in das benachbarte Clementenhaus geschafft. Das Treppenhäus war ebenso wenig abgedeckt wie mit einer Warnungstafel versehen. Es scheint demnach der Unfall wieder einmal auf der Gartenallee stattgefunden zu sein. — Bei einem Neubau an der Gartenallee fiel ein Maurer infolge Bruchs eines Brettes aus einer Höhe von zwei Metern in den Keller und erlitt Verletzungen der linken Seite. — Vom Neubau des Provinzialjulgums stürzte am 30. September, Nachmittags, der 28jährige Maurer Wiese aus einer Höhe von 25 Metern in die Tiefe. Wiese, der beim Stuppelbau beschäftigt war und erst seit zwei Tagen dort in Arbeit stand, trat, als Fellerabend gemacht werden sollte, beim Abstieg sehr und schlug dann im Fallen mit der vollen Wucht des Körpers mehrere Male auf Gerüstteile, sich dabei bereit verlegend, daß er noch auf der Stelle verstarb.

München (Bayern). Mit einem Neubau ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Die Maurer Damian Stöckle und Franz Kast waren nämlich mit Krüsten beschäftigt, als sie 8 m hoch vom Gerüst herunterfielen, wobei sich Damian Stöckle eine starke Unterleibsquetschung und Franz Kast eine schwere Gehirnerschütterung zuzog. Beide wurden sofort in's Krankenhaus gebracht.

Kaiserslautern. An dem in der Fabrikstraße gelegenen Neubau der Firma Roth & Bettrich brach das Gerüst und fünf Personen stürzten in die Tiefe, darunter der Sohn des Maurerparfesslers Graf, welcher letzteren die Schuld an dem Unglück treffen soll. Der junge Mann wurde mit sehr schweren inneren und äußeren Verletzungen in's Krankenhaus verbracht und soll dort seinen Verletzungen bereits erlegen sein. Ein zweiter schwer Verlegter ist der Maurer Caprano von Osterbach, der schwere innere Verletzungen, einen Beinbruch und starke Beschädigungen am Kopfe erlitten hat. Ein dritter Maurer erlitt einen Beinbruch, ein vierter trug einen Bruch der unteren Wirbelsäule davon. Der fünfte Mann fiel in einen Baum und die Wunde milderten den Schmerz, so daß er mit leichten Verletzungen davon kam.

Regensburg. Am 18. d. M. stürzte plötzlich infolge Schadhaftheit eines Hebels ein Teil des Baugerüsts eines Neubaus in der Mühlentstraße zusammen, wobei drei Arbeiter aus der Höhe des zweiten Stockes von dem Gerüst herabgestürzt sind. Dabei hat der 37 Jahre alte Maurer Emil Schlegel aus Würzen einen Bruch des Rosenbeins erlitten und mußte nach Anlegung eines Nothverbandes sofort nach Hause gefahren werden. Der 27 Jahre alte Arbeiter Georg Ziege aus Leugst trug infolge des Abfahrens verärgerte Gesichtverletzungen davon, so daß er sich ebenfalls in seine Wohnung begeben mußte, während der mit in die Tiefe gestürzte Arbeiter Max Theuring aus Moditz zum Glück unversehrt blieb. Die behördliche Untersuchung ist eingeleitet.

Wiesbaden (Hannover). Der Heim-Von der Spritfabrik beschäftigte Arbeiter Nachbarsch hatte am Mittwoch, 22. September, Nachmittags, das Unglück, aus einer Höhe von etwa 17 m in die Tiefe zu stürzen und sich außer mehreren kleineren Verletzungen auch den Bruch beider Handgelenke zuzuziehen. Er wurde dem Spezialkrankenhaus in Hannover zugeführt. Wäre die Abdeckung der einzelnen Geschosse nicht so mangelhaft gewesen, so hätte der Verunglückte nicht aus einer so beträchtlichen Höhe bis unten hin stürzen können. Am anderen Tage war man fünf Meter höher, für bessere Abdeckung zu sorgen. Warum nicht früher? Was immer erst ein Unglück geschieht, ehe die nötigen Schutzvorrichtungen getroffen werden? Bei dem betreffenden Unternehmer, Schröder-Wilburg, scheint überhaupt Manches nicht zu sein, wie man es billiger Weise verlangen könnte. So wird z. B. auch viel über die den Arbeitern zu Teil werdende Behandlung gesagt. Bei der geringsten Ursache gibt es die Entlassung. Zur schnelleren Erledigung dieser Eventualität bleiben die Invalidentarner der Arbeiter gleich auf dem Bauplatz. Schuld an den Zuständen haben die Arbeiter großenteils selbst. Während sie sich mehr an der Organisation beteiligen, so würde man ihnen so etwas nicht zu bieten wagen. Es ist befremdend, daß dieser Anfall nicht einmal von den zunächst interessierten Kollegen, sondern erst von anderer Seite aus in die Öffentlichkeit gebracht wurde.

München. Am 19. September, Vormittags, fiel bei einem Neubau an der Bagunntstraße ein Zageisener in eine Kalkgrube und erlitt erhebliche Brandwunden an den Beinen. Am 22. d. M., Vormittags, stürzte der 27 Jahre alte Arbeiter Anweiser der Hühnerbräueri beschäftigt 27 Jahre alte Maurer Franz Gerlachsel von einem Gerüst ab und erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Stettin. (Sig. Ver.) Am 21. d. M., Vormittags, verunglückte auf dem Schulbau Gneisenaustraße der Maurerlehrling Wellenstift dadurch, daß ihm ein Innenpuggerüst auf den Leib fiel. Ausgehend schwer verletzt wurde er nach dem Krankenhaus gebracht. — Am demselben Tage, Nachmittags, verunglückte auf dem Umbau „Roth's Kaufhaus“, Dreieckstraße, der Maurer Otto Stolzenberg dadurch, daß ihm beim Mauerwerkabstemmen ein Bruchstück eines Verbleibsteines auf den Unterarm drückte über dem Handgelenk fiel und die Sehne zerschnitt. Er wurde nach dem Krankenhaus „Pfehanen“ gebracht. Dieser Fall ist speziell auf die Fahrlässigkeit des Partiers zurückzuführen.

*** Baueinführung in Pforzheim.** Am 19. September stürzte ein beträchtlicher Teil des auf Brücking's Fähr errichteten Stuppelsteinigen Fabrikneubaus zusammen, zehn Arbeiter unter den Trümmern begraben. Der Bau war zum Teil drei und zum Teil zweistöckig und am Montag unter Dach gekommen. Der erste Stock des Gebäudes war als ein Raum angelegt, Zwischendecken fehlten. Die Deckenlast (sogenannte Kramen) ruhte auf Eisenstützen, die durch Betonpfeiler und eiserne Säulen gestützt wurden. Die Pfeiler sollten 24 000 kg Tragkraft pro Quadratmeter bis zu 8,5 m Spannweite besitzen. In diesem Bau war die größtmögliche Spannweite zur Anwendung gekommen. Ob eine zweistöckige Verankerung angebracht war, konnte zur Zeit nicht ermittelt werden; nach der stehengebliebenen Eisenkonstruktion zu urteilen, ist eine Verankerung nicht zur Anwendung gekommen. Entschieden läßt sich vorderhand auch nicht, ob die Konstruktion an und für sich unhaltbar ist, oder ob schlechtes Material und fieberliche Arbeit das grausige Unglück veranlaßt haben. Jedenfalls haben alle drei Faktoren zusammengewirkt. Der Pfeiler, dem die Hauptschuld beigemessen wird, hatte ein Fundament aus ungeschamten Steinen, darauf kam eine Betonssäule von 80 cm im Geviert und darauf die eiserne Säule; der darauf stehende Träger (Unterzug) ruhte mit dem anderen Ende mit nur 20 cm in der Umfassungsmauer zunächst dem zweiten Fenster der Ostfront und dicht neben einem Luftschacht. Schon am Dienstag bemerkten Arbeiter, daß der fragliche Betonpfeiler sich in der Mitte gespalten hatte; der Miß war 9 cm breit. Der 27jährige Bauarbeiter Fejner ordnete an, daß der Miß mit Zement ausgefüllt werde, was auch ausgeführt wurde. Am Mittwoch Morgen war aber der Miß wieder da, und nun dachte die Bauleitung an Absteifen und weitere Sicherungsmaßnahmen. Leider war es zu spät. Gegen 10 1/2 Uhr Vormittags brach der Pfeiler unter der Last zusammen und das Kramenwerk in einer Ausdehnung von 6 Fenstern nach der Nordseite und 8 Fenstern nach der Ostseite fiel mit, domerndem Strachen nach unten. Unter dem Chaos von Mauertrümmern, Balken und Eisenträgern lagen 10 Menschen, die herzerstehend um Hilfe schrien. Hilfe war auch sofort zur Stelle. Die nicht verunglückten Arbeiter und die sofort herbeieilende Feuerwehr ermöglichten es, daß nach 15 Minuten auskriechender Arbeit sämtliche Verunglückten lebend aus den Trümmern hervorgeholt werden konnten. Zwei der Schwerverletzten haben aber inzwischen doch ihren Geist aufgegeben müssen. Verunglückt sind die Maurer: Ernst Hauglert, 27jährig und ledig, aus Gräfenhausen, Gehirnerschütterung, vielseltig Schädelbruch, schwer verletzt. Luigi Sabio aus Velluno, 24 Jahre alt, ledig, Rippen- und Wirbelsäulenbruch, sehr schwer verletzt. (Weibe todt.) Karl Fraeth aus Pforz, 28 Jahre alt, ledig, schwere Verletzungen an Kopf, Hals und Hand. Eugen Fontono aus Fribourg, 47 Jahre alt, verheiratet, ziemlich schwer verletzt und gequält. Joh. Walz, 27 Jahre alt, ledig, aus Falcato, innere Verletzungen. Joh. Julian, 25 Jahre alt, ledig, aus Infalato, Kopfverletzungen. David Julian, 27 Jahre alt, verheiratet, Rippenbrüche. Daniel Wajchato, 28 Jahre alt, ledig, aus Gares, Kopfverletzung. Friedr. Häßler, 40 Jahre alt, verheiratet, aus Göttersheim, Rippenbruch, und der Bauarbeiter Fejner, leichte Kopfverletzungen.

Zur Beurteilung der Bauweise wird uns noch geschrieben, daß von einer Verankerung des Mauerwerkes mit den Stützen und Balken nichts zu bemerken ist. Eine Feinreiterverankerung, auf der ein schwerer Unterzug ruht, liegt auf einer nur 2 m hohen starken Wandung eines Verankerungsrohres. Solche Mauer sind in mehreren Fällen angedeutet, ohne daß die Pfeiler entsprechend verstärkt wurden. Der verwendete Mörtel läßt sich mit Leichtigkeit zwischen den Fingern zerreiben. Das Verbleibmauerwerk ist 4 bis 6 Schichten — auf einer Stelle sogar 12 Schichten — auf 1 Stein ohne jede Verbindung mit dem anderen Mauerwerk hochgeführt. An solcher heberlicher Arbeit sind natürlich die Arbeiter zum großen Teil schuld. Wenn sie die Arbeit nicht kennen, sollen sie die Finger davon lassen und wenn sie von der Bauleitung zu der Schamperet angehalten werden, sollen sie sich unter allen Umständen weigern, Mißarbeit auszuführen. Aber in der Regel ist es leider so, daß die Arbeiter sich Alles bieten lassen und an die Folgen gar nicht denken. In Pforzheim waren Baumrände bisher nicht selten. Sie haben nicht bemoht; die Maurer und Bauarbeiter aufzuräumen. Wird der jüngste Einfuhr mit feiner Trauerigen Folgen bewirken, daß die Maurer Einfuhr halten, ihre Organisation so stärken, daß sie ein gewichtiges Wort mitreden können bei der Gestaltung der baulichen Einrichtungen und besonders auch, daß sie sich innerlich der Organisation weitergeben und jeder Gefahr aus dem Wege gehen lernen? Wir haben wenig Hoffnung. Aber hohe Zeit ist es!

Lohnbewegungen und Streiks.
Mannro.
Die Lohnbewegung der Stukkateure in Erfurt fand ein für die Arbeiter glühendes Ende. Die am Sonnabend, den 1. September, aufgestellten Forderungen sind ohne Kampf und ohne wesentliche Verhandlungen am Dienstag, den 11. September, von den bei uns in Betracht kommenden Firmen unterzeichnet. Die Forderungen nicht unterschreiben hat der über die Schmutzkonkurrenz stets räsonnierende Herr Hilfsbauernmeister Krillhase, Weiskasse. Derselbe erklärte die aufgestellten Forderungen für sich für veraltet, da er dieselben schon seit Jahren zahlt. Zur Unterstützung gibt er sich jedoch nicht her. Mit dem Laufe der Unterhandlungen oft wiederholten Worten: „Ich bin mein freier Mann und lasse mir nichts aufzwingen“, wurde die Lohnkommission entlassen. Hoffentlich kommt auch für Herr Krillhase die Zeit, wo er sich nicht geniert, seinen Namen unter einen Lohnzettel zu setzen. Für die Stukkateure ist es Pflicht, der Firma für die Zukunft ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Bis zum 1. März 1901 werden noch 45 %, von da ab 50 % Minimallohn gefordert. Die neunstündige Arbeitszeit wurde ohne Anstand bewilligt; somit wäre der Lohn für eine gesunde Weiterentwicklung in den Kreisen der Stukkateure geschaffen. An den Arbeitern selbst liegt es, das Gerächte hoch zu halten und stets mit Weisheit auf dieser Waise weiter zu arbeiten.

Aus Inowrazlowitz erhalten wir folgende Mitteilung: „Auf den Artikel in Nr. 37 des „Grubstein“ erkläre ich für eine Blöde, daß wir nur Stukkateure suchen mit dem Besprechen, unserer Preise zu zahlen, und solche hinterher nicht zahlen.“ Auch ist es eine falsche Angabe, daß in meinem Geschäft Stukkateure die Arbeiter ausbilden sollen. Ich erkläre hingegen, daß wir z. B. Berliner Stukkateure beschäftigen, welche schon im zweiten Sommer bei uns in Arbeit stehen und pro Woche M. 65 verdienen bei Arbeitszeit von 7-8. Der Artikel kann nur von einem Stukkateur aufgesetzt sein, der wegen ganz geringer Leistung entlassen wurde. Tüchtige Leute werden immer ihren Leistungen nach bezahlt bekommen. Gustav Truch & Henning, Stuckgeschäft. — Wir bezeugen durch Unterschrift, daß wie der Truch & Henning den angegebenen Lohn erhalten und nach Berliner Preisen bezahlt bekommen. Eugen Heßlein, Carl Jockel.

Die Aussperrung der Hamburger Werkarbeiter ist beendet. Die Bedingungen, unter welchen die Arbeit aufgenommen werden soll, enthalten für die Arbeiter nicht das geringste Zugewinn. Die finanzielle so wichtige Kapitalistengruppe der Hamburger Werker hat in hartem Ringen die Friedensbedingungen billigt. Wenn trotzdem die Arbeiter unter diesen Bedingungen die Arbeit aufnehmen, so kann es nur geschehen im Hinblick auf die Aussichtslosigkeit, diesen Kampf mit

Wilhelm & Karl Hännig, Kuntel in Neppen, Witt in Bromberg, Westhate in Schwedt an der Oder, Otto Gijung in Stäffeldorf, Reichholz, S. Krohn, S. Wähling, S. Gädgens, D. Preuß, J. Bargmann, W. Timm, J. Vornholt, S. Fischer, P. Volken und S. Witt in Barmstedt, Wästel aus Münster in Kiel, Gaarden, Westphal in Brunschwarten (Mecklg.), Wilkens & Wöhler, Dahl, R. Wähling (Stelbauarbeiten), Kändler (Bau Kombarbsbrücke, Comptoir: Arndtstr. 20) in Hamburg, Lappe in Franzburg, Bau Karlschütte bei Neudöbberg, Petersdorf in Neudamm, Nagel in Weihenburger-Altendorf (die Bauten sind in Garbenbeck), Fuhrmann in Friedrichshagen (Neubau Springe bei Eßner), Popp in Neichenbach i. B.

Zugung ist weiter fern zu halten wegen Differenzen mit den Unternehmen von Dresden, Kassel, Braunschweig, Wittstock, Gerford, und wegen großer Arbeitslosigkeit von Halle a. d. S., Kottbus, Bremerhaven, Lehe, Westermünde, Eberswalde, Magdeburg, Stettin, Hannover, Hamburg und Lübeck.

In Dortmund haben in der letzten Woche zwischen dem Vorstand der Innung und dem Gesellenausschuß Verhandlungen stattgefunden. Die Forderung der Gesellen, zehnständige Arbeitszeit an Stelle der bisher 10 1/2 stündigen, sowie 60 % Stundenlohn und auch die übrigen Wünsche der Gesellen wurden rund abgelehnt. Begründet wurde dieser Standpunkt damit, daß die höchste Geschäftslage eine Verbesserung der Lohns und Arbeitsbedingungen nicht gestalte. Da ein Lohn von 50 % den heutigen Verhältnissen und Preisen der Lebensbedürfnisse entspräche, wurde allgemein zugegeben, auch konnten einige einschlägige Unternehmen die Notwendigkeit der Vermehrung der Arbeitszeit verstehen, aber es gab hier Mauerer die länger arbeiten wollten, und so wurden höherer Lohn und kürzere Arbeitszeit abgelehnt. Die Streitenden konnten den eigentümlichen Standpunkt der Unternehmer nicht fassen und rief die Verichterstattung des Ausschusses begründete Erregung hervor. Es wurde einstimmig beschlossen, den Gesellenausschuß zu beauftragen, weitere Verhandlungen mit der Innung zu pflegen und einmütlich weiter zu streiten. Die Streiks in Duisburg, Friedland i. M. und Sufum dauern unverändert fort. In Duisburg hat die Zahl der Arbeitslosen in den letzten zwei Wochen nicht zugenommen, da mindestens so viel die Arbeit überbezahlt haben, als neu hinzugekommen sind. Am Sonnabend, den 22. September, hat sich das Gewerbegebiet als Einigungsamt angeboten. Die Streitenden haben dasselbe angenommen; wie sich die Unternehmer dazu stellen werden, ist noch unbestimmt. In Sufu u. M. wurde eine Art paß Kollegen, die wegen Streikpostenentlohnung angeklagt waren, vom Schöffengericht zum Verger der Unternehmer unter Aufsicht der Kosten auf die Staatskasse freigesprochen.

Der Unternehmer Nagel in Wollenburg (Altendorf) sucht für seine Bauten in Garbenbeck Mauerer anzuzuerben. Da er sich aber noch nicht mit den Gesellen bezüglich des Lohnvertrages auseinandergesetzt hat, sondern sich weigert, mit der Lohnkommission zu unterhandeln, so sind seine Bauten gesperrt. Zugung ist deshalb fern zu halten.

Stukkateure.

Die Lohnbewegung der Stukkateure in Erfurt fand ein für die Arbeiter glühendes Ende. Die am Sonnabend, den 1. September, aufgestellten Forderungen sind ohne Kampf und ohne wesentliche Verhandlungen am Dienstag, den 11. September, von den bei uns in Betracht kommenden Firmen unterzeichnet. Die Forderungen nicht unterschreiben hat der über die Schmutzkonkurrenz stets räsonnierende Herr Hilfsbauernmeister Krillhase, Weiskasse. Derselbe erklärte die aufgestellten Forderungen für sich für veraltet, da er dieselben schon seit Jahren zahlt. Zur Unterstützung gibt er sich jedoch nicht her. Mit dem Laufe der Unterhandlungen oft wiederholten Worten: „Ich bin mein freier Mann und lasse mir nichts aufzwingen“, wurde die Lohnkommission entlassen. Hoffentlich kommt auch für Herr Krillhase die Zeit, wo er sich nicht geniert, seinen Namen unter einen Lohnzettel zu setzen. Für die Stukkateure ist es Pflicht, der Firma für die Zukunft ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Bis zum 1. März 1901 werden noch 45 %, von da ab 50 % Minimallohn gefordert. Die neunstündige Arbeitszeit wurde ohne Anstand bewilligt; somit wäre der Lohn für eine gesunde Weiterentwicklung in den Kreisen der Stukkateure geschaffen. An den Arbeitern selbst liegt es, das Gerächte hoch zu halten und stets mit Weisheit auf dieser Waise weiter zu arbeiten.

Aus Inowrazlowitz erhalten wir folgende Mitteilung: „Auf den Artikel in Nr. 37 des „Grubstein“ erkläre ich für eine Blöde, daß wir nur Stukkateure suchen mit dem Besprechen, unserer Preise zu zahlen, und solche hinterher nicht zahlen.“ Auch ist es eine falsche Angabe, daß in meinem Geschäft Stukkateure die Arbeiter ausbilden sollen. Ich erkläre hingegen, daß wir z. B. Berliner Stukkateure beschäftigen, welche schon im zweiten Sommer bei uns in Arbeit stehen und pro Woche M. 65 verdienen bei Arbeitszeit von 7-8. Der Artikel kann nur von einem Stukkateur aufgesetzt sein, der wegen ganz geringer Leistung entlassen wurde. Tüchtige Leute werden immer ihren Leistungen nach bezahlt bekommen. Gustav Truch & Henning, Stuckgeschäft. — Wir bezeugen durch Unterschrift, daß wie der Truch & Henning den angegebenen Lohn erhalten und nach Berliner Preisen bezahlt bekommen. Eugen Heßlein, Carl Jockel.

Die Aussperrung der Hamburger Werkarbeiter ist beendet. Die Bedingungen, unter welchen die Arbeit aufgenommen werden soll, enthalten für die Arbeiter nicht das geringste Zugewinn. Die finanzielle so wichtige Kapitalistengruppe der Hamburger Werker hat in hartem Ringen die Friedensbedingungen billigt. Wenn trotzdem die Arbeiter unter diesen Bedingungen die Arbeit aufnehmen, so kann es nur geschehen im Hinblick auf die Aussichtslosigkeit, diesen Kampf mit

Erfolg fortsetzen zu können. Wohl wäre die Organisation der Metallarbeiter noch in der Lage gewesen, die Ausgebeirten zu unterstützen, aber die angeworbenen Streikführer, deren Zahl sich bei dem Niedergang der Eisenindustrie noch vergrößern mußte, konnte den Abschluß bis in fernere Zeiten verzögern, wobei es noch fraglich war, ob der erwartete Erfolg eintrat. Unter diesen Gesichtspunkten den Streik zu beenden, erschien ein Gebot der Klugheit. Dazu kommt, daß die Ausgebeirten keine Forderungen gestellt hatten, sie nur die Beidenen waren, die von den brutalen Maßnahmen der Werkdirektoren getroffen wurden. Erfolglos ist nur der Kampf der Arbeiter beendigt, die auf ihre geforderte Lohnzulage verzichten müssen.

Sicher wird das Hamburger Unternehmertum frohlockend seinen Sieg verkünden und die Scharmader werden voll des Lobes sein über den Ausgang des 11. Okt. Aber sie klagen sich, das sei ihnen schon im Voraus gesagt, über die Früchte ihrer Arbeit. Sie können nicht die Organisation der Arbeiter vernichten, noch haben sie sich die Mühe auf ihren Werken erlaubt. Druck erzeugt Gegendruck; gegen die Despotie der Gewerkschaften glimmt der Haß von viel tausend Arbeitern, der politisch und auch in der Gewerkschaft wieder Ausdruck findet. Der Erfolg mit diesen Mitteln ist ein Augenblickserfolg.

* Zum Buchbinderstreik. Wöchigen der Unternehmern im Buchbinder-Gewerbe und dem Deutschen Buchbinder-Verbande ist durch Vermittlung des Tarifamtes der Buchdrucker ein Tarif abgeschlossen. Der Minimallohn betrug in Stuttgart 41 A., in Leipzig 44 A., in Berlin 45 A.; geübte Arbeiterinnen erhalten in Stuttgart 21 A., in Leipzig 22 A., in Berlin 25 A. Der Tarif tritt am 15. Oktober d. J. in Kraft und hat Gültigkeit bis 1. September 1903.

Aus unserer Bewegung.

(Die Schriftführer werden ersucht, nur spämales Papier zu benutzen und dieses nur auf einer Seite zu beschreiben. Wird ein großer Bogen Papier benutzt, so soll man ihn nicht bloß durchbrechen, sondern gleich auseinanderheften, weil sonst gewöhnlich über die Buchstabe auf beiden Seiten hinweggeschrieben und dadurch eine nachträgliche Trennung unmöglich wird. Berichte, die dieser Vorschrift nicht entsprechen, werden in Zukunft nicht berücksichtigt.)

Bestellungen auf die Nr. 20 des „L'Operaio Italiano“ müssen bei unserer Expedition bis Montag, den 1. Okt., eingegangen sein. Später einkaufende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Dienstags früh gedruckt wird.

Alle Zuschriften, die schneller Erledigung bedürfen, richtet man direkt an die Redaktion des „L'Operaio“: C. Legien, Hamburg-St. Pauli, Maxstr. 15, 2. Et.

In Berlin fand am 9. d. M. eine Mitgliedserversammlung der Zählstelle der Zementierer statt, welche sich mit den in der letzten Zeit von der Firma Ganzhorn vorgebrachten Lohnabgängen beschäftigte. Kollege Niebe legte in verständlicher Rede den Verfallenen klar, wie sie sich den Unternehmern in solchen Fällen gegenüber zu verhalten haben. Er forderte die Kollegen auf, treu zu der Organisation zu stehen, damit Herr Ganzhorn sehe, daß die Arbeiter nicht ungeschützt dastehen. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, Herrn Ganzhorn den Lohnzettel zwecks Unterzucht vorzulegen, welcher er sich dessen, so soll über sein Gehalt die Sperr verhängt werden. Mit einem Hoch auf die Zählstelle wurde die Versammlung geschlossen.

Wie die Waugewerks-Zinnung „Baughütte“ zu Hamburg verhalte respektiv? so lautet die Tagesordnung, über die in einer gemeinschaftlichen Versammlung der Maurer und Zimmerer Hamburgs am 18. September bei Tälge verhandelt wurde. Der Referent, Kollege Heide, besprach einleitend die Vorgeschichte, die zur Versammlung Veranlassung gab. Als in diesem Frühjahr — so führte der Referent ungefähr aus — zwischen der Waugewerks-Zinnung einerseits und den Maurern und Zimmerern andererseits der Vertrag abgeschlossen worden war, war ausdrücklich in der Sitzung unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektors Schäfer betont und auch in das Protokoll aufgenommen worden, daß keinerlei Abänderungen noch Zusätze einseitig an den Vertrag vorgenommen werden dürften. Ausnahmsbestimmungen waren keine getroffen, wo nach dem bestehenden bürgerlichen Rechte in diesem oder jenem Fall die Rechtsverhältnisse im Vertrag ausgeschlossen sei. Was nun für allgemeine Rechtsauffassung selbstverständlich sei, gelte nicht auch ohne Weiteres bei der Hamburger Waugewerks-Zinnung für richtig. Mit dem Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuchs am 1. Januar 1900 habe, wenn auch nur minimale Rechte gemäß § 616 ebenfalls Gesetzeskraft erlangt. Dieser verheißungsvolle Paragraph für die Zinnungsfranten habe dieselben früher aus dem Hausent gebracht, weil einige Klagen vor dem Gewerbegericht zu Gunsten der Arbeiter entschieden seien; aber zugleich sei der Zinnung die Masse der „Arbeiterermittlung“ hermitergerissen und zeige uns nun diese Wölfe in Schafskledern. Der Referent meinte weiter, das anfänglich die Zinnung kaum geahnt hätte, daß dieser gefahrdrohende Paragraph vorhanden gewesen sei; denn in vollen Vertrauen auf die Gesetzgeber nach dem Grundsatze des Ministers Herrn v. Boetticher sei hier auch kein Grund vorhanden gewesen. Anstatt nun aber sich in das unabweisliche Schicksal zu fügen und den Vertrag bis zum Jahre 1902 anzuerkennen, kommt man schnell her und versucht, kaum zwei Monate nachdem der Vertrag durch die Vertragsschließenden Gültigkeit erlangt, denselben durch einen Nebenab zu reparieren, damit ja jeder Mittel in das Säckelchen des Unternehmers fließe. Allen dorum Herr Rosenbaum, Mitglied des Zinnungsvorstandes. Die Unternehmer versuchen, durch die wirtschaftliche Macht des Nebenab zur Unterzeichnung zu bringen und brechen den Arbeiter um seine Rechte. Die Organisationen sollen sich schließend durch das Vorgehen der Zinnung gewöhnen, Abwehramäßig zu reagieren und zwar zunächst durch eine nützliche Verhandlung des Zinnungsvorstandes mit dem Gesellenausschuß. Diese Sitzung habe denn auch am 30. August stattgefunden. In recht bräuslicher Weise verhielt Nebenab den Gang der Verhandlungen zu schildern. Die Mitglieder des Zinnungsvorstandes hätten nach seiner Raon den § 616 anzulegen versucht, dabei seien dann die abenteuerlichen Dinge erzählt worden. Strömen habe gemeint, der Paragraph sei nur für Dienstfrachte und Dienstmächten da und Herr Bauer — bekannt unter den Namen „Reichstagsbauer“ — habe sein Recht

nicht unter dem Scheffel gestellt und die „historische Seite“ des Paragraphen den Anwesenden vor Augen geführt. Einen Vertragsbruch habe man nicht zugeben wollen, obgleich die Nebenab sich zum Zinnungsvorstand in Besetzung gegeben. Man habe sich dann damit ausgerechnet, daß dies nur zur Bequemlichkeit der Mitglieder geschähe, sonst aber vollständig privat sei und keinen offiziellen Charakter trage. Nebenab weist weiter nach, daß trotz allen Abwiegens des Zinnungsvorstandes, dieselben doch zur Nebenabge Stellung genommen, obgleich der Vorstand die Pflicht gehabt hätte, den Mitgliedern zu verbieten, derartige Nebenab herabzugeben. So „zufällig“ und „harmlos“, wie Herr Zimmerer sie darzustellen bestrebt hätte, sei die Sache denn doch nicht; aber wenn der Gesellenausschuß näher auf die Sache eingehen wollte, schlug Herr Zimmerer jedesmal auf den Tisch und sagte: „Meine Herren, die Diskussion ist geschlossen!“ Die freie Meinungsäußerung des Gesellenausschusses sei die reine Ironie. In der Verhandlung von Kontrollversammlungen habe man sich schließlich seitens der Zinnung bereit erklärt. Diese Ausführungen werden noch von Schmid und Groß, Zimmerer, und Stöber und Martz, Maurer, ergänzt. Folgende Resolution gelangt einstimmig zur Annahme: „Die am 18. September 1900 tagende gemeinschaftliche Mitgliedserversammlung der organisierten Maurer und Zimmerer Hamburgs ist nach dem Bericht des Gesellenausschusses zu der Überzeugung gelangt, daß die Waugewerks-Zinnung „Baughütte“ zu Hamburg die im April d. J. mit den Gesellen getroffenen Abmachungen betreffs des Lohn- und Arbeitsvertrages nicht in der Weise gehalten hat, wie es sonst zwischen christlichen Kontrahenten Sitte ist. Nachdem die Zinnung es abgelehnt hat, resp. sich nicht dazu für bereit hält, die Erfüllung abzugeben, daß nur allein die mit den Gesellen vereinbarte Arbeitsordnung bei allen ihren Mitgliedern maßgebend sei, konstatieren die Versammelten, daß die Zinnung den Vertrag einseitig durchbrochen hat. Der seit April d. J. bestehende Tarif wird seitens der beiden Organisationen bis auf Weiteres als gültig anerkannt.“

Am Sonntag, den 16. September, tagte in Ragnitz eine Mitgliedserversammlung. Nach der Abrechnung vom Sommerberichts ergab die Einnahme M. 114,15, der eine ebenso hohe Ausgabe gegenüberstand. Eine lebhafte Debatte lief die in dem G. M. Schmitz'schen Hause, wo der Kollege W. Metz, G. Metz und G. Gaffrey auf dem Vor in Schwärze ausgeführte Ueberlundenarbeit hervor. Die drei genannten Kollegen, welche in Ufford arbeiten, sollen nach Angabe einiger Kollegen, nachdem sie die Mittagspause etwas verlängerten, dafür des Abends eine halbe, dreiviertel, ja sogar eine Stunde länger gearbeitet haben. Von den Kollegen Metz und Metz wird dies zum Teil zugegeben, zum Teil bestritten. Die Versammlung beschloß, zwecks näherer Aufklärung die Sache bis zur nächsten Versammlung zu verlagern und den Kollegen U. Fischlein, der hierfür nähere Auskunft geben soll, zu dieser Versammlung verbindlich einzuladen. Nachdem Kollege Steinigler auch auf den Bericht des Referent: „Die Geschichte der Maurer Deutschlands“ hingewiesen und die Kollegen ermahnt hatte, sich ein solch wichtiges Buch anzulegen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Zählstelle Königsberg i. Pr. hielt am Montag, den 8. September, im Saale des Herrn Albrecht, Koggenstr. 20, eine Mitgliedserversammlung ab. Kollege Schwarz-Hamburg, welcher als Referent erschienen war, referierte über das Thema: „Unternehmensverbände und Arbeiterorganisation.“ Nebenab sagte an, daß die Unternehmern im Waugewerbe eine ziemlich Macht erreicht hätten, weil sie alle in einer Organisation vereinigt sind, wozu es in dieser ersten Zeit bei den Arbeitern noch immer an der Einigkeit fehle. Das müsse anders werden. Es müsse den Arbeitern klar gemacht werden, daß nur alle nur ein Ziel im Auge haben: die Erbringung besserer Löhne und Arbeitsbedingungen. Wenn es heute bei den Maurern noch nicht zu der notwendigen Einigkeit gekommen sei, so frage wohl der Eigentümer einiger Kollegen die Schuld. Nachdem Nebenab noch die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Kampfes den Anwesenden in klarer Weise auseinandergesetzt empfahl er den Anwesenden, so lange für die Ausbreitung des Verbandes einzutreten, bis alle Maurer von Königsberg organisiert sind. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde Kollege Naujals als Delegierter zur Gewerkschaftskommission gewählt. Zum Punkt „Verhaltensweise“ wurde über den Bericht der Maurerversammlung vom 1. August, welcher in der „Einigkeit“ erschienen ist und große Unwahrscheinlichkeiten enthält, eine ziemlich erregte Debatte geführt. Kollege Schwarz empfahl den Kollegen, sich nicht von solchen Verleumdungen imponieren zu lassen; die Erreiter solcher Berichte beweisen nur, daß sie den Ernst der Arbeiterbewegung nicht erkannt hätten, mit solchen Mitteln würden sie bald abwirtschaftet. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband wurde um 11 Uhr die Versammlung geschlossen.

Die Zählstelle Reußen wollte unlängst einen Wall abhalten, es wurde aber dazu die Erlaubnis seitens der Behörde verweigert. Eine Benutzung an das Landratsamt hätte ebenfalls seinen Erfolg. Der Herr Kreisrat meint, das hätte aufgedrungen im streife Bogenrecht, daß die Böhmer Sozialdemokraten mit ihren rothen Fahnen in Reußen herumziehen könnten. Auch eine Begründung, die hoffentlich von einer höheren Instanz nicht angeht wird.

Am 9. September fand eine Mitgliedserversammlung bei Zählstelle Prenden statt. Kollege Lehmann-Wirchow hielt einen längeren Vortrag über: „Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung.“ Er legte den Kollegen in seinem Vortrag die Besorgnisse, welche die Gewerkschaften den Mitgliedern bieten, klar und wies darauf hin, daß der einzelne Arbeiter nichts bedeute, würden sie aber in geschlossenen Reihen vorgehen, würden sie eine Macht sein. Nebenab tritt für den Schluß der Verhandlung weise unter Begleiter des Streikauflöser. Er erwähnte die Kollegen, sei zur Frage zu halten; Jeder müsse Klugheit treiben, kein Maurer dürfe dem Verbände fern stehen, denn würde der Sieg halb unter sein. In der Diskussion erklärte sich Kollege Zeit mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Er forderte noch die beschiedenen Mitglieder betreffs Prüfung, Abreise, Verbandstaten usw. Mit einem Hoch auf die Organisation folgte Schluß der Versammlung.

Am Sonntag, den 9. September, tagte in Reichenbach in Schleisien die regelmäßige Mitgliedserversammlung. Als Referent war Kollege Krause aus Dresden erschienen. Er legte in seinem einflussigen Vortrag in klarer und verständlicher Weise den Zweck und Nutzen der Organisation dar, schloß unter anderem die Lebensweise der Maurer und Zimmerer und erwähnte zur regen Agitation unter den Kollegen. Nicht durch

Faustschläge sollten die noch fern stehenden Kollegen herangezogen werden, sondern durch fortwährende Auffklärung über Zweck und Nutzen der Organisation, dann würde der Erfolg auch nicht ausbleiben. Weiter erwähnte Kollege Krause, besser für den Streikfonds zu agitieren. Unter anderem kam auch die Regelung der Lohnfrage des „Grundstein“ für die Kollegen in Reichenbach zur Sprache, weil der Kollege, welcher sie bis jetzt bejort hat, schließlich sein Amt niedertelegte. An seiner Stelle wurde Kollege Weinscheid einstimmig gewählt. Ferner wurde beschlossen: Jeder ein Kollege sein Amt, welches er übernommen hat, niedertelegte, muß er dies mindestens die Wochen zuvor der Zählstellenverwaltung mitteilen, damit neue Personen dazu vorge schlagen werden können. Auch zur Wahl eines Schriftführers mußte geschritten werden, weil der jetzige nicht immer in der Lage ist, der Versammlung beizuwohnen. An seiner Stelle wurde Paul Köhler gewählt. Mit einem Hoch auf den Zentralverband wurde die leider schwach besuchte Versammlung geschlossen. Die nächste Mitgliedserversammlung findet Sonntag, 14. Oktober, Nachmittags 8 Uhr, statt. Ein Referent wird anwesend sein.

Am 9. d. M. tagte in Gieselskirchen eine Versammlung der Maurer von Mieschitz und Umgegend. Diefelbe war von 30 Personen besucht. Nachdem Kollege Freise die Versammlung durch eine kurze Ansprache eröffnet hatte, nahm Kollege Mühl-Gierfeld das Wort zu einem längeren Vortrage. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach der Vorsitzende des christlichen Verbandes G. Strauß seine Zufriedenheit aus über das gemeinschaftliche Vorgehen der beiden Richtungen. Er machte bekannt, daß der christliche Verband an die Unternehmern eine Lohnforderung gestellt habe, welche von den Unternehmern aber mit den Bemerkungen zurückgewiesen worden sei, die Maurer müßten sich erst alle Frühjahre und 6 A. im Lohnsummer. Die Unternehmern haben nun beschlossen, einen Lohnabzug von 8 bis 5 A. einzutreten zu lassen; wenn sie nur im Frühjahre den Lohn wieder auf den alten Satz erhöhen, dann haben die Unigen Christlichen ihren Willen durchgesetzt: Unsere Zählstelle hatte in dieser Versammlung einen Zuwachs von 12 Mitgliedern zu verzeichnen; in der kurzen Zeit von acht Wochen ist die Mitgliedszahl von 9 auf 60 gestiegen. Geisig ein schönes Resultat.

Die Zählstelle Teuchern hielt am 9. September ihre Monatsversammlung ab, welche leider wieder nicht sehr zahlreich besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kollegen Franz Röber aus Schortau durch Erheben von den Plätzen geehrt. Nach Einnahme der Beiträge und Streifondsgebühren wurde ein Schreiben vom Verbandsvorstand vorgelesen, in welchem die Kollegen aufgefordert werden, kräftig zu dem freiwilligen Streifonds beizutreten, um einen Streifonds anzufüllen, damit der Unternehmernverband nicht Oberwasser bekommt und uns das bisher Ertrungene wieder fortzuzweimen. Die diesigen Kollegen werden nochmals daran erinnert, dem Beschluß, der im Februar gefaßt wurde, nachzukommen, damit auch wir unsere Schuldigkeit thun. Im Punkt 2 wurden die Einnahmen der Monate Juli und August bekannt gegeben; sowie das Resultat der statischen Aufnahme, betr. die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es wurden 6 Partiere, 126 Gesellen und 12 Lehrlinge gezählt. Stundenlohn erhielten: 8 Gesellen 45 A., 4 42 A., 6 40 A., 8 38 A., 19 37 A., 22 36 A., 3 35 A., 9 34 A., 18 33 A., 8 32 A., 10 30 A. Im Punkt 3 „Verhaltensweise“ wurden viele Beiträge aus der Versammlung gestellt, betreffs der Weidung verlor drehender Kollegen, welche zu einer langen und hitzigen Debatte führten. Schließend wurde ein Antrag des Kollegen Albrecht angenommen, welcher jedem Verbandsmitglied die Pflicht auferlegt, bei einem vorkommenden Todesfalle an der Beerdigung teilzunehmen; wer ohne genügenden Grund nicht anwesend ist, soll M. 2 Strafe zahlen. Der Kollege Werthol Kramer als zweiter Kassierer und „Grundstein“-Ansträger, Schortauerstraße 8 wohnhaft, hat sich verpflichtet, bei vorkommenden Fällen alle Kollegen zu bestellen. Hierauf wurde von einigen Kollegen der schwache Wunsch der Versammlung und die Interessenlosigkeit, welche die meisten Kollegen zeigen, einer scharfen Kritik unterzogen. Ferner wurde beschlossen, zur nächsten Versammlung einen Referenten kommen zu lassen. Die Kollegen wurden ermahnt, für starken Besuch Sorge zu tragen.

In Thorn fand am Sonntag, den 16. September, nach mehreren Jahren wieder eine öffentliche Maurerversammlung statt. Kollege Schwarz aus Hamburg sprach über das Thema: „Welcher Vorteil bietet die gemeinschaftliche Organisation der Arbeiter?“ Nebenab führte aus, daß der Arbeiter gewonnener sei, dem Unternehmern seine Arbeit anzubieten, um leben zu können. Der Arbeiter müsse so viel für seine Arbeitskraft verlangen, als er selbst und seine Familie zum Lebensunterhalte gebrauche. Dieses sei aber dem einzelnen Arbeiter nicht möglich. Das Interesse des Unternehmers erheische niedrige Löhne und lange Arbeitszeit, das Interesse des Arbeiters aber hohe Löhne und kurze Arbeitszeit. Beide Faktoren setzen sich auf diesem Gebiete wie Feuer und Wasser gegenüber. Nur eine Vereinigung auf wirtschaftlichem Gebiete könne dem Arbeiter bedeutende Vorteile bieten. Nebenab führte verschiedene Beispiele hierfür an. Gerade dort, wo die Arbeiter organisiert sind, werden die höchsten Löhne gezahlt und die Arbeitszeit ist die kürzeste. Das beste Beispiel bieten in dieser Beziehung die Unternehmern. Diese benutzen ihre Organisation nicht allein dazu, um den Preis ihrer Waare zu steigern, sondern auch dazu, um die Löhne der Arbeiter herab zu drücken. Was diese Vereinigungen sich heute leisten, beweisen am besten die Unternehmern im Waugewerbe, welche fortwährend über die Unverschämtheit der Arbeiter schreien, um auf das große Publikum und die Gesetzgebung zu ihren Gunsten einzuwirken. Nebenab die organisierten Hausbesitzer der Kohlenbarone und Großunternehmer recht sich keiner an; wenn aber die Arbeiter ein paar Pfennige Lohn mehr fordern, um leben zu können, werden Polizei, Gerichte und die ganze Staatsmacht aufgebieten, um diese Bewegung nieder zu halten. Nachdem Nebenab noch durch ein reiches Zahlenmaterial die Preissteigerung der notwendigen Lebensbedürfnisse und die Millionüberläufe der Kohlenbarone nachgewiesen, empfahl er den Anwesenden den Beitritt zum Zentralverband der Maurer. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Zum zweiten Punkt wurde beschlossen, eine Zählstelle zu gründen; es liegen sich 30 A. Maurer aufzunehmen. Die Kollegen Anton Böhm, G. Wolf und noch drei weitere Kollegen wurden in die provisorische Verwaltung gewählt. Wegen der Sonntagstraße mußte Kollege Böhm die Versammlung verlassen.

Aus Treier wird uns geschrieben: Raum hat es die Polizei fertig gebracht, dem Wirt, bei dem wir vor 6 Wochen eine öffentliche Maurerversammlung abhielten, das Militär zu ent-

ziehen, so daß wir gezwungen waren, uns ein anderes Lokal zu suchen, so ist sie auch schon wieder von Neuem bei der Arbeit, und auch diesem Wirthe ein ähnliches Schicksal zu bereiten. Wir möchten, die Polizei hätte doch andere, wichtigere Obliegenheiten, als Arbeiter, die des Sonntags gemüthlich ihr Gläschen Bier trinken, fortwährend zu hantieren.

Am 4. September d. J. tagte im Saale „Stadt Wien“ in Würzburg eine gut besuchte öffentliche Maurerverammlung. Zu derselben war Kollege Steinböck als Referent erschienen. Er sprach über: „Sklaventhum und freie Arbeit“. Am Ende seines Vortrags wurde ihm gebührender Beifall. Die Abrechnung vom Sommerfest ergab eine Einnahme von M. 216,65, demgegenüber stand eine Ausgabe von M. 182,14, mithin blieb ein Ueberschuß von M. 54,51. Derselbe wurde der Lokalkasse zur Verwendung für Kranke und vorunglückte Kollegen überwiesen. Es wurde auch noch aufgefordert, sich an der freiwilligen Sammlung für den 14. Jahre kranken Kollegen lebhaft zu beteiligen. Denselben konnte sofort eine Unterhülfung von M. 20 zugesichert werden. Im Punkt „Innere Verhältnisse“ wurden noch einige Punkte namhaft gemacht, auf welchen große Mängel vorhanden sind. Besonders wurde auf die Kassenbuchhalter hingewiesen, welche von dem Unternehmer Koverz ausgeführt werden. Hauptächlich sind es die Aborte, welche sich in schlechten Zustände befinden und keineswegs den bauvoztzeitlichen Vorschriften und den Vorschriften des Vertrages entsprechen. Die Bausleitung sieht diese Mängel ruhig mit an, ohne auf deren Abstellung zu dringen. Ferner wurde gerügt, daß die Kollegen auf diesem Bau sich schon vor 6 Uhr zur Kontrolle stellen, mitunter sich um diese Zeit schon auf dem Gerüst befinden. Ein Vernehmlichkeitsbeschluss hat diesem Unwesen bereits gesteuert. Es wird nimmermehr die Maßregelung des Kollegen Gloge befohlen. Der Kollege ist plötzlich ohne gesetzlichen Grund entlassen, dann aber, weil er eine 14 tägige Kündigungsfrist zu beanspruchen hatte, wieder eingestellt worden. Der Lohnanspruch ist ihm nachgezahlt worden.

Stattensere.

Werthe Kollegen! Im Einverständnis mit dem Ausschuss berufen wir den **3. ordentlichen Verhandlungstag** auf **Sonntag, den 21. Februar 1901, nach Frankfurt am Main**.

Die Tagesordnung, deren Aenderung oder Erweiterung vorbehalten bleibt, setzen wir vorläufig fest wie folgt:

1. Bericht des Hauptvorstandes und Ausschusses;
- a) die Entwidelung des Verbandes, b) Kassenbericht,
- c) Bericht des Ausschusses.
2. Situationsberichte der einzelnen Filialen. (Hierzu dienen als Unterlage die auf die Formulare einlaufenden Antworten, welche zu einem zusammenhängenden Bericht ausgearbeitet und gedruckt vorgelegt werden.)
3. Schöpfung der ordentlichen Beiträge bezw. einheitliche Regelung des Streikfonds.
4. Streikreglement.
5. Reiseunterstützung.
6. Arbeitslofenunterstützung und Arbeitsnachweis.
7. Fachorgan und Agitation.
8. Verschiedenes.

Gleichzeitig theilen wir den Kollegen mit, daß wir in den ersten Tagen eine spezielle Begründung der einzelnen Punkte nebst Vorschlägen des Hauptvorstandes an die Vorstände der Filialen gelangen lassen und ersuchen wir, absdann in eine rege Diskussion über die einzelnen Punkte einzutreten.

Der Hauptvorstand.

Im Auftrage: Chr. Denthall.

Braunschweig. Hier wurde eine Filiale des Verbandes von 16 Kollegen gegründet. Der Vorhänge August Sanderberg wohnt Giesmarweg (Braunschweig). Das Vereinslokal befindet sich im Restaurant „Kneißler Hof“, Wendestraße. Die Versammlungen finden alle 14 Tage statt.

Breslau. Am 11. September hielt die hiesige Filiale ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zum 1. Punkt gelangte die neu ausgearbeitete Geschäftsordnung zur Verlesung, welche den Kollegen zur Bezeichnung dienen soll, wie sie sich in den Versammlungen und dem Vorstande gegenüber zu verhalten haben. Selbige wurde für zweckmäßig befunden und einstimmig angenommen. Im 2. Punkt wurden zwei neue Kartell-Delegierte gewählt. Zum 3. Punkt wurde die Abhaltung des diesjährigen Stiftungsfestes in Anregung gebracht; hierzu wurde eine schlagfertige Vermittlungskommission gewählt, welche alles Nähere hierzu beantragen soll. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde von mehreren Kollegen Beschwerde geführt über die ungarischen Kollegen, welche 3-4 häufig in hiesigen Geschäften arbeiten, aber ihren Verpflichtungen betreffs Verbandsangelegenheiten nicht nachkommen. Es wurde beschlossen, nichts unversucht zu lassen, um auch diese Kollegen für unsere gerechte Sache zu gewinnen. Ferner wurde noch Beschwerde geführt über eine neue Firma, welche nur mit Maurern und ungelerten Leuten arbeitet. Auch hierzu werden die nächsten Schritte gefaßt werden, dergleichen Uebelstände zu beseitigen. Absdann folgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Bromberg. Die Firma Wunsch arbeitet nur mit Lehrlingen, und zwar Tag und Nacht, nur um keine Skultature einstellen zu brauchen. Sie wird hierin vortrefflich unterstützt von einem organisierten Hilfsbater, welcher sein Interesse an dem Geschäft in der Weise bekundet, daß er reichlich Ueberstunden arbeitet. Die Kollegen werden ersucht, diese Firma zu meiden.

Danzig. In der ersten öffentlichen Versammlung der Filiale Danzig des Zentralverbandes der Statuteure referierte Genosse Warhel über: „Zweck und Nutzen der Organisation“. In seinem beifällig aufgenommenen Vortrag schilderte Redner die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse, welche hier im Osten üblich sind. Sodann erläuterte Redner auch das Vorgehen der christlichen und Hirsch-Duncker'schen Vereine den centralisirten Gewerkschaften gegenüber und kam zu dem Schlusse, daß nur eine starke selbständige Organisation die Lebenslage der Arbeiter verbessern könne. In der Diskussion sprach Kollege Bissner im Sinne des Referenten und tadelte noch die mangelhaften

Verhältnisse betreffs der Baubuden und Aborte. Zum Gewerkschaftsartikel wurden die Kollegen Dettmar und Kalper als Delegierte gewählt. Mit einem Hoch auf ein gutes Gedeihen der neu gegründeten Filiale schloß die gut besuchte Versammlung.

Berichtigung. In der Aufforderung unter der Abrechnung ist ein Druckfehler enthalten, es muß **W. Kackow** heißen statt **W. Nadel**.

Krankenkasse.

Berlin. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Zentralkrankenkasse der Maurer zc. „Grundstein zur Einigkeit“ fand am Sonntag, den 9. September, im Lokale Inselstraße 10, statt. Den Bericht über die Generalversammlung erstattete der Bevollmächtigte. Er gab einen kurzen Auszug aus dem Geschäftsbericht des Hauptvorstandes. Demnach war im ersten Quartal dieses Jahres und theilweise auch noch im zweiten durch die Inflation die Kasse sehr in Anspruch genommen. In dem zweiten Quartal vom 1. Quartal 1898 bis zum 1. Quartal 1900 ist die Mitgliederzahl um 1787 gestiegen, aber auch die Zahl der Krankheitsfälle um 14 600. Am Schlusse des ersten Quartals bestanden 222 Verwaltungsfälle mit 17 849 Mitgliedern. Nach der letzten Jahresabrechnung betrug der Reservefonds M. 420 000, außerdem war bei der Aufstellung des Berichts noch ein Betriebsfonds von M. 84 000 vorhanden. Die reine Jahresausgabe 1899 betrug M. 466 829,02 und wird in diesem Jahre nicht viel unter einer halben Million bleiben. Um an Zinsen mehr zu erzielen, hat der Hauptvorstand M. 150 000, die bei der Sparkasse angelegt waren, gekündigt und zu einer höheren Zinsfuß anderweitig gut und sicher belegt. Für Zahnerlag wird ein Zuschuß bis zu M. 80 (alt bisher M. 12) gewährt. In der Sterbefälle wurde das Sterbegeld in jeder Klasse um je M. 10 erhöht. Die Gehälter der Beamten des Hauptvorstandes wurden um M. 20 pro Monat erhöht. Des Weiteren kam der Redner auch auf den Protest zu sprechen, den das Mitglied Garde an die Generalversammlung gerichtet hat, in dem unter Anderem das Wahlkomitee beschuldigt wurde, Fälschungen der Stimmzettel vorgenommen zu haben. Nach einer längeren Auseinandersetzung beruht die Versammlung einstimmig das Vorgehen des Garde. Im zweiten Punkt wurden sämtliche Geschäftsaffäre bis auf einen wiederbeigewählt. Ein Antrag auf Anstellung eines Extra-Krankenkassenführers für die Wintermonate Dezember bis Ende März und vom 4. Quartal dieses Jahres ab an Stelle der bisherigen 6 pZt., 6½ pZt. Verwaltungsausgaben in Anerkennung zu bringen, wurde von der Versammlung dahin angenommen, daß wohl die Extra-Kontrolle stattfinden muß, aber sie erklärte sich gegen die feste Anstellung eines Kontrollieurs. Nachdem noch unter „Verschiedenes“ eine Beschwerde des Mitgliedes Garde erörtert worden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Bericht in Nr. 86 dieses Blattes, betreffend eine in Hamburg abgehaltene Mitgliederversammlung der Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“, hat eine Reihe „Wichtigstellungen“ erzeugt, die wir hiermit der Öffentlichkeit übergeben.

Bei der Aufnahme des Berichts in Nr. 86 sind wir bestaunlicher Weise einige Irrthümer unterlaufen, welche ich hiermit richtig stellen will. 1. Bei der Angelegenheit **W. Kackow** ist es statt „fortwährend Zuschuß“ heißen: „Im Monat Januar M. 8000“. 2. Bei Belegung des Kapitals statt sicher und gut „mit 4 pZt.“. 3. Bei Erhöhung der Verwaltungsprozent wurde der Antrag zurückgezogen, konnte also nicht abgelehnt werden. 4. In der Diskussion über den Bericht des Delegierten gebrauchte nicht das Mitglied **Th. Garwig** die Worte: „Mit dem Hauptvorstand durch Die und Dumm gegangen“, sondern der Delegierte **B. Schulze** während seiner Berichterstattung. Im Uebrigen deckt sich der Bericht mit der Berichterstattung. **H. A. Sahn**, zweiter Schriftführer.

In Nr. 86 des „Grundstein“, Seite 10, ist der Bericht des Delegierten **B. Schulze** in Hamburg von der Generalversammlung enthalten, welcher einige Entstellungen des wahren Sachverhalts bringt, die, wenn sie unabwehrbar bleiben, geeignet sind, nicht allein die Verwaltung der Kasse in ein schlechtes Licht zu stellen, sondern auch die Kasse selbst bei den Mitgliedern und Kollegen in Mißacht zu bringen.

Voransgesetzt muß werden, daß es unumkehrbar ausfallen muß, als der Delegierte **B. Schulze** auf der Generalversammlung in der Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes, des Kassierers und des Ausschusses, welche, nebst dem bemerkt, jeder Delegierte gedruckt in Händen hatte, sich lobend aussprach, während er in seinem Bericht an der Verwaltung Kritik übte. Der Kollege Schulze sagt in seinem Bericht: „Eine auffallende Erscheinung seien die vielen Gerichtsfälle, wobei zwar einige zu Gunsten der Kasse ausfielen, aber immerhin zu denken geben.“ Inwiefern die vielen Gerichtsfälle aber zu denken geben, das sagt der Kollege Schulze nicht.

In dem Bericht des Vorstandes sind elf Klagenlagen erwähnt, aber nur fünf wurden von Mitgliedern gegen die Kasse anhängig gemacht.

Wenn man nun in Betracht zieht, daß in der Geschäftsjahresperiode 1898-1900 1224 Mitglieder erkrankten und diesen die fünf Klagen gegenüber stellt, so wird jeder objektive Beurtheiler finden, daß dies keine auffallende Erscheinung sein kann, welche nach irgend welcher Richtung hin „zu denken Veranlassung gebe“.

Ferner sagt der Bericht: „Ueber Kündigung und Belegung der Kassengelder gab Redner bekannt, daß der Hauptvorstand M. 150 000 auf der Sparkasse gekündigt und anderweitig belegt habe, wo und wie dieselben belegt seien, darüber könne er leider keine genaue Auskunft ertheilen, indem der Hauptvorstand sich nicht veranlaßt sah, darüber genaue Auskunft zu geben; nur so viel habe er, Redner, durch Fragen heraus bekommen können, daß das Kapital sicher und gut belegt sei.“

Daß der Kollege **Harms** aus Grund dieses Berichts die Zugehörigkeit des Hauptvorstandes kritisierte, ist erklärlich. In dem gedruckten Geschäftsberichte des Vorstandes ist über die Kassengelder wörtlich folgendes gesagt:

„Die Zinsen ja bekannt, hat die Kasse ihre Kapitalien auf der Stadtsparkasse in Altona belegt. Die Sparkasse zahlte 8 1/4 pZt., welche sie in letzter Zeit auf 8 1/2 pZt. erhöht hat. Der Vorstand zog in Ermägung, ob es nicht im Interesse der Kasse wäre, einen Theil der Kassengelder, wie Mühlengelbes,

auf Hypotheken zu belegen, wo doch bei dem jetzigen Zinsfuß mindestens 4 pZt. Zinsen zu erzielen wären. Der Vorstand entschloß sich, für das Behörte, und wurden zum 1. Juli d. J. M. 150 000 auf der Sparkasse gekündigt und sind dieselben auch bereits zum 1. Juli in sicheren Hypotheken belegt worden.“

Es ist also in dem Bericht gesagt, wie die Gelder belegt sind und entspricht die Belegung derselben auch den Vorschriften des § 24 Abs. 2 des Geschäftsreglements und § 23 des Statuts. Wo die Gelder zu belegen sind (am Sitz der Kasse), geht ebenfalls aus § 23 des Statuts hervor.

Entgegen in Abrede gestellt muß werden, daß der Kollege Schulze diesbezüglich irgend welche Fragen an die Verwaltung des Vorstandes gestellt. Hätte er dies gethan, so wäre ihm bereitwillig Auskunft ertheilt worden.

Nach sagte der Delegierte Schulze in seinem Bericht: Betreffs des Reservefonds sei der Vorstand „der Meinung, daß es gut wäre, denselben auf eine halbe Million zu bringen.“

Dieser Satz ist aus dem Zusammenhang herausgerissen und kann es für den oberflächlichen Beurtheiler erscheinen, als wenn der Vorstand beabsichtigt wäre, ungeschicklich viel Geld anzusammeln. Der Vorstand hat in seinem Geschäftsbericht hierüber wörtlich folgendes gesagt:

„Nach der letzten Jahresabrechnung betrug der Reservefonds M. 420 000. Außerdem hatten wir bei der Aufstellung des Berichts noch einen Betriebsfonds von zc. M. 84 000. Nun ist es ja bekannt, daß ein Reservefonds in Höhe einer durchschnittlichen Jahresausgabe der vorhergehenden fünf Rechnungsjahre anzusammeln ist. Die reine Jahresausgabe 1899 betrug M. 466 829,02; in diesem Jahre wird die Ausgabe nicht viel unter einer halben Million sein, und soweit die Kasse wieder im Zunehmen begriffen ist, auch die Kosten für Arzt und Arznei von Jahr zu Jahr immer höher werden, so müssen wir darnach trachten, und es muß dies auch unser eifrigstes Bestreben sein, schon jetzt daran zu denken, nach und nach dem Reservefonds so viel zuzuführen, daß der Betrag der höchsten Jahresausgabe erreicht wird, damit es uns nicht wieder so geht, wie im Jahre 1894, wo aus Veranlassung des nicht vorhandenen Reservefonds nicht allein eine Erhöhung der Beiträge, sondern auch eine Ermäßigung der Unterstützung eintreten mußte.“

Im Uebrigen verweisen wir die Mitglieder auf das Protokoll, welches in der nächsten Tagung zum Vortrag gelangen wird. Der Vorstand. **F. A. W. Themar.**

Der Schriftführer der Generalversammlung in Frankfurt a. M., Kollege **Schöding**-Altona, hat sich ebenfalls zu einer Nichtstheilnahme des Berichtes des Hamburger Delegierten veranlaßt gesehen. Er schreibt:

„Dem Referenten sind mehrere Unrichtigkeiten unterlaufen, auf Grund derer die nachfolgenden Redner sich genöthigt fühlten, die Delegierten recht unbillig anzugreifen. So sehe mich daher veranlaßt, hier einige Nichtstheilnahmen zu geben; andererseits möchte ich auch die auf der Generalversammlung anwesenden Delegierten vor den Insulten einzelner Hamburger Redner in Schutz nehmen.“

Schöding läßt nun die Nichtstheilnahmen folgen, die sich in ihrem Inhalt mit den Ausführungen des Vorstandes decken. Er führt dann weiter aus:

„In den häßlichen Bemerkungen über die Gehaltsverhöhung der Beamten verweise ich auf das Protokoll. Der Delegierte Schulze war persönlich kein Gegner. Er erklärte, daß er prinzipiell nicht dagegen sei, nur in Hamburg erwecke es Unwillen, wenn die Hamburger Maurer die Gehaltsverhöhung erfahren, und er möchte die Ansicht dieser vertreten. Der Kollege Schulze, der dem Hauptvorstand das beste Zeugnis ausfallen lassen, dessen Thätigkeit lobend anerkennt, kein prinzipieller Gegner der Gehaltsverhöhung ist, hat nicht den Muth, diese in Frankfurt gesprochenen Worte seinen Mandatgebern gegenüber zu vertreten. Dieses ist wesentlicher Punkt. Auf Alles eingegangen würde dem Protokoll schaden, auf welches ich hiermit aufmerksam mache und wünsche, daß es gelesen wird.“

Offenlich sind hiermit die „Nichtstheilnahmen“ erschöpft.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 61. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte haben wir hervor: Der letzten Jahren. — Die deutsche Wissenschaft hinter-her Arbeitern. Von Rosa Luxemburg. — Die weibliche Lohnarbeit und ihr Einfluß auf die Sittlichkeit und Kriminalität. Ein nachträglicher Beitrag zur lex Geinge. Von Georg S. — Marie von Ebner-Eschenbach. Zum sechzigsten Geburtstag. Von D. Bach. — Literarisches Rundschau: Die deutsche Volkswirtschaft am Schlusse des neunzehnten Jahrhunderts. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Von Otto Kressin. — Feuilleton: Die Grundidee von Tolstoi's „Auferstehung“. Von E. Axelrod. (Schluß.)

Im Verlage von **F. S. W. Dieß** Nachf. ist soeben ein neues, hochinteressantes Werk über Ausland erschienen unter dem Titel: **Das Hungernde Rußland**. Reiseindrücke, Beobachtungen und Unterredungen von **Dr. G. Neumann** und **Barbus**.

Das reich illustrierte Werk umfaßt 84 Bogen. Die Ausstattung ist eine begiebene. Der Preis für das komplette Werk beträgt hiesig M. 6, in englischer Reimband gebunden M. 7,50.

Gleichzeitig ist eine Biegeausgabe veranlaßt worden, die in 16 Heften à 40 S. komplet vorliegen wird. Alle 14 Tage erscheint ein Heft.

Sämmtliche Buchhandlungen und Kolporteurs nehmen Bestellungen entgegen.

Briefkasten.

* Wegen ungeheurer Stoffanbranges in der letzten Zeit mußten mehrere Briefe zurückgestellt werden. Die Fortsetzung des Artikels „Die Reform der Unfallversicherung“ erfolgt in Nr. 40.

Kassel, N. (Statuten). Die Aufnahme Ihres Berichtes lehnen wir ab, weil er erstens schon zu alt (28. August), zweitens durch den jetzt beendeten Maurerstreik zuweilen geworden und drittens nicht durch den Stempel der Filiale beglaubigt ist.

Witten, N. A. Derartige Klagen über zu vertheilenden, ist, wie die Erfahrung gelehrt hat, völlig nutzlos. Feilsche mündliche Agitation unter den Kollegen wirkt in diesen Fällen besser, als die besagte schriftliche Aufforderung im „Grundstein“.

Abrechnung für das zweite Quartal 1900 des Zentral-Verbandes der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands. Sitz Hamburg.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme in den Bezirksstellen' and 'Ausgabe in den Bezirksstellen'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme in der Hauptkasse' and 'Ausgabe in der Hauptkasse'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme in der Hauptkasse' and 'Ausgabe in der Hauptkasse'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Ausgabe in der Hauptkasse'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Ausgabe in der Hauptkasse'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Ausgabe in der Hauptkasse'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Ausgabe in der Hauptkasse'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Ausgabe in der Hauptkasse'.

Hamburg, den 23. Septbr. 1900. J. Käster, Kassierer. Revidiert und für richtig befunden von den Revisoren: Carl Brexler, Hamburg. Thomas Hartwig, Hamburg. Hermann Marks, Altona.

Abrechnung über den Maurerstreik in Alt-Ohlenitz. Einnahme.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Ausgabe'.

Alt-Ohlenitz, den 18. April 1900. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Die Revisoren: Carl Krüger, Gustav Belan, Otto Behrend. Für die Streikkommission: Otto Wolter, Paul Herbst.

Abrechnung über den Maurerstreik in Adlershof. Einnahme.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Ausgabe'.

Adlershof, 28. Juni 1900. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Die Revisoren: Adolf Miesching, Gustav Waschin. Für die Streikkommission: Friedrich Pheker, Paul Schiefle.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Glaser (Weißhändler) und Stukkateure Deutschlands, 'Grundstein zur Einigkeit' (c. H. Nr. 7).

In der Woche vom 16. bis 22. September sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Kiel M. 800, Wolsdam 300, Marienborn 200, Saarmund 100, Gerthsh 100. Summa M. 1000.

Die Formulare zur Aufstellung der Abrechnung des 3. Quartals d. J. sind versandt worden, sollte eine örtliche Verwaltungsstelle dieselben nicht erhalten haben, so ersuchen wir, uns sofort Nachricht zu geben. Auch sind neue Statuten der Sterbekasse beigelegt worden, deren Bestimmungen mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft treten.

Altona, den 22. September 1900. Der Vorstand: S. K.: Carl Reif, Hauptkassierer.

Zentral-Verband der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands. Sitz Hamburg. Bekanntmachung. Die Statistik.

Über die Wohn- und Arbeitsverhältnisse ist von mehreren Bezirksstellen noch nicht eingelangt. Wir erwarten jetzt sofortige Einsendung.

Statistik über Arbeitslosigkeit.

Die Karten zur Feststellung der Arbeitslosigkeit im Monat August sind mit dem dazu gehörenden Fragebogen spätestens bis zum 1. Oktober an den Verbandsvorstand einzusenden.

Die Karten zur Feststellung der Arbeitslosigkeit im Monat August sind mit dem dazu gehörenden Fragebogen spätestens bis zum 1. Oktober an den Verbandsvorstand einzusenden.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Die Karten zur Feststellung der Arbeitslosigkeit'.

Die Abrechnungs-Formulare.

zur Aufstellung der Abrechnung für das dritte Quartal 1900 sind am Freitag, den 28. September, zur Versendung gelangt. Bezirksstellen, welche die Sendung nicht erhalten haben, werden ersucht, uns davon Kenntnis zu geben.

Die Bezirksstellenverwaltungen haben spätestens bis zum 7. Oktober zu einer Sitzung zusammen zu treten, um über alle Fragen, welche in dem Begleitschreiben zur Abrechnung angeführt sind, zu beraten und zu beschließen.

Die Sitzung, zu welcher auch die Revisoren einzuladen sind, ist vom Bevollmächtigten einzuberufen.

Die Revisoren machen wir darauf aufmerksam, daß sie laut Statut verpflichtet sind, mindestens allmonatlich einmal eine Revision der Kassen- und Buchführung vorzunehmen. Die Quartalsabrechnung muß von den Revisoren geprüft und, wenn für richtig befunden, unterzeichnet werden.

Für die Ausführung der Revision verweisen wir auf die im März d. J. überänderte Anweisung.

Agitation unter den Kollegen aus Oberschlesien.

In den verschiedensten Orten, besonders in Berlin, Bremen, Köln, Dresden, Hamburg, Kiel, Leipzig und in fast allen Orten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, arbeiten Kollegen, die ihren Familienwohlstand in Oberschlesien haben und den Winter über zu Hause wollen. Nach unseren Feststellungen kommen etwa 4500-5000 in Betracht. Ein Teil davon ist organisiert, viele stehen der Organisation aber noch fern.

Die Agitation soll im nächsten Winter fortgesetzt werden, wozu wir aber die Unterstützung der Bezirksstellenverwaltungen aller Orte, wo Kollegen aus Oberschlesien in Arbeit stehen, gebrauchen. Es kommt besonders darauf an, für die einzelnen Orte Adressen zu erhalten, an welche wir uns im Winter wenden können.

In der Beschaffung der Adressen müssen uns die Bezirksstellenverwaltungen behilflich sein. Dieses ist möglich, wenn in den Orten, wo ober-schlesische Kollegen arbeiten, diese, soweit es Verbandsmitgliedschaft sind, zu einer Sitzung der Verwaltung eingeladen werden, wo dann mit ihnen die Agitation an ihrem Heimatort besprochen wird.

Wir ersuchen die Verwaltungen, in diesem Sinne zu handeln und erwarten die Zusendung recht vieler Adressen.

Über die oben erwähnte Besprechung ist uns ein Bericht zugefunden, in welchem angegeben ist, wie viel Kollegen an der Besprechung teilgenommen, in welchen Orten dieselben heimisch sind, wie viel Maurer an den betreffenden Orten wohnen und wie viel davon etwa organisiert sind.

Die Mitglieder im Allgemeinen ersuchen wir, die ober-schlesischen Kollegen hierauf aufmerksam zu machen.

Vom Vorstande bestätigt.

find die neu gewählten Verwaltungsbeamten der Bezirksstellen: Hebbel, Demolb, Königswusterhausen, Dellich, Thorn, Sternberg i. B., Neumarkt, Schöft a. d. Müdder, Ronsdorf, Plauen i. B.

Ausgeschlossenen.

wurden auf Grund § 15a resp. b des Statuts von der Bezirksstelle Rheine: G. Ebers (Buch-Nr. 0844 645), B. Gordes (Buch-Nr. 0844 544), Bremerhaven: Fr. Schröder (Buch-Nr. 9), Bonn-Vorstand: Bernh. Frank (Buch-Nr. 118 671), Rich. Lunkwitz (Buch-Nr. 155 210), Otto Gault (Buch-Nr. 180 682), Fried. Hoffmann (Buch-Nr. 155 899), Gust. Reif (Buch-Nr. 155 788), Emil Gahr (Buch-Nr. 77 668), Schürmer (Buch-Nr. 12 081), sämtlich a. B. in Leipzig; von der Bezirksstelle Greifswald: Konrad Vogt V (Buch-Nr. 04 066), Berlin II: Georg Beständig (Buch-Nr. 048 986), Fern. Beloch (Buch-Nr. 88 668), Paul George (Buch-Nr. 81 263), Karl Goltzsch (Buch-Nr. 02 310), Reinh. Klage (Buch-Nr. 05 739), Max Kriech (Buch-Nr. 075 481), Fried. Briem (Buch-Nr. 075 685), Wilh. Lorenz (Buch-Nr. 75 542), Rich. Leigmann (Buch-Nr. 048 807), Max Bieweg (Buch-Nr. 105 657), Raphael Walter (Buch-Nr. 200 576), Randsberg a. d. B.: Gustav Weder (Buch-Nr. 99 164), Schleswig: A. Freiburgh (Buch-Nr. 0 108 484), Fr. Nisse (Buch-Nr. 9); Lehmitz: Gustav Ruprecht (Buch-Nr. 47 848), Fr. Lehmann (Buch-Nr. 77 173), August Hilde (Buch-Nr. 77 174).

Die wegen rückständiger Beiträge gestrichenen Mitglieder werden unter dieser Rubrik nicht veröffentlicht.

Nis verloren gemeldet.

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen: Wilhelm Ritter (Buch-Nr. 110 564), Fr. Speckmann (Buch-Nr. 71 167), Wilh. Dieckhoff (Buch-Nr. 23 134), Albert Roemer (Buch-Nr. 23 137), Gottfried Kiel (Buch-Nr. 033 573), Georg Meier (Buch-Nr. 113 833), August Heintemann (Buch-Nr. 8), August Lehmann (Buch-Nr. 47 444), Richard Bremer (Buch-Nr. 65 485), Friedrich Ernst (Buch-Nr. 65 450). Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

Warnung.

Die Verwaltung der Bezirksstelle Hamburg warnt vor dem Maurer Emil Kurt Kreuzberg, geb. zu Halle a. d. S., der sich hier verschiedentlich schwindelhaft betriebl gemacht hat. Mitglied war derselbe zuletzt in der Bezirksstelle Cuxhaven.

Zur Beachtung.

Der Maurer Franz Ableiter hat sein Mitgliedsbuch als Pfand für Rogisgebühren in Neuwied hinterlassen. Da anzunehmen ist, daß sich derselbe ein neues Buch ausstellen lassen wird, ist derselbe anzufassen, sein altes Buch einzulösen. Der Maurer Joseph Walter, früherer Kassierer der Bezirksstelle Neudamm, ist unter Mitnahme des Verbandsgebührenbuchs von dort verschwunden. Ebenfalls wird von Duisburg gemeldet, daß derselbe mit M. 120 Mark Geld, woran einige Kollegen partizipierten, verschwunden ist. Die Kollegen werden hiermit vor dem Schurken gewarnt. Die Maurer Johannes Grohmann, geboren zu Dresden (Buch-Nr. 155 923), Hermann Parsch, geboren zu

